

Bezugspreis:

Für den Monat Juli 23 000 M.
...
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

240 einspaltige Reklamereize
...
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2500-2507

Donnerstag, den 5. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 575 36 — Bankkonto: Direktion
der Dicksont-Gesellschaft, Postfach 111, Lindenstraße 3

Für wertbeständige Löhne!

Beschluß der Gewerkschaften.

Der Bundesausschuß des ADGB. nahm in seiner Mittwochssitzung zur Lohnfrage durch die Annahme folgender Resolution Stellung:

Die Entwertung der Papiermark ist seit der Befehung des Ruhrgebietes in so rapidem Maße erfolgt, daß die Anpassung der Löhne an die stetig sinkende Kaufkraft des Geldes noch weniger als zuvor Schritt zu halten vermag. Die Folge dieses Mißverhältnisses ist eine fortschreitende Verelendung der Lage der Arbeiter und ein Abbau der Substanz der Arbeitskraft, eine starke Schwächung der Konsumkraft der breiten Massen der Bevölkerung und somit eine ernsthafte Gefährdung der deutschen Wirtschaft.

Der Ausschuß des ADGB. hat eingehend alle Mittel und Wege zur rascheren Angleichung der Löhne an die Teuerung geprüft und empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohnes am Zahlungstag ist eine amtliche Meßziffer einzuführen, die die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Meßziffer muß wöchentlich festgestellt und möglichst kurz vor dem Lohnzahlungstag im ganzen Reich veröffentlicht werden. Als Tag der Veröffentlichung empfiehlt sich am besten der Mittwoch.

Die Anwendung der amtlichen Meßziffer auf die Erhöhung der Löhne während der Dauer der Lohnvereinbarungen ist möglichst durch zentrale Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angestellten zu sichern. Für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe fordert der Bundesausschuß die sofortige Anwendung durch Gesetz oder Verordnung.

Der Bundesausschuß ist nicht im Zweifel darüber, daß durch diese Maßnahme allein die unbedingt notwendige Wiederherstellung der früheren Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft noch nicht zu erreichen ist. Diese ist aber unbedingt anzustreben auch im Interesse der Wiederherstellung der deutschen Arbeitskraft, die infolge der bisherigen Wirtschaftspolitik des Unternehmertums aufs äußerste gefährdet ist.

Der Bundesausschuß macht es deshalb den Gewerkschaften zur Pflicht, nicht nur jedes weitere Abwärtsgehen der Löhne zu verhindern, sondern auch nach wie vor auf eine Erhöhung der Reallohn hinzuwirken und die Kaufkraft der erzielten Löhne zu sichern. Von der Regierung und von den bei Lohnfestsetzungen mitwirkenden Behörden und Schlichtungsinstanzen wird erwartet, daß sie den Gewerkschaften bei der Erfüllung dieser Aufgabe die notwendige Unterstützung leisten.

Ueber die Sabotageakte im Ruhrgebiet äußerte sich der Ausschuß durch nachfolgende Entschliebung:

„Der Bundesausschuß verurteilt aufs schärfste die verbrecherischen Sabotageakte überpannter nationalistischer Kreise im Abwehrkampf gegen die rechts-widrig erfolgte Befehung des Ruhrgebietes. Er erklärt diese Handlungen für unvereinbar mit dem von der Arbeiterschaft unterstützten Abwehrkampf und fordert deshalb alle Gewerkschaftsgenossen auf, diesen Sabotageakten mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten. Von der Reichsregierung fordert der Bundesausschuß, daß mit Nachdruck die Schuldigen ermittelt und zur Verantwortung nach deutschem Recht gezogen werden.“

Gefährlicher Ballast.

Die Kirche läßt den Staat bezahlen.

Die Reichsverfassung verfolgt zwar den Grundsatz, daß keine Staatskirche besteht und schreibt vor, daß die auf Gesetzesvertrag und besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die bestehenden Religionsgesellschaften nach Grundsätzen des Reiches abgelöst werden sollen. Doch wie so manches Stück freiheitlichen Geistes der Reichsverfassung vor der zunehmenden bürgerlichen Reaktion in Vergessenheit geraten ist, so denkt man auch in diesem Punkte nicht daran, der Reichsverfassung Geltung zu verschaffen.

Unter Führung von Deutschnationalen und Zentrum und unter Duldung der übrigen bürgerlichen Parteien versucht man vielmehr umgekehrt der Kirche jedes Recht auf Einwirkung in öffentlichen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege wie auf dem des Erziehungswesens zu sichern und durch außerordentliche Zuwendung von Mitteln der Kirche den größten Teil ihrer materiellen Sorgen abzunehmen. Millionen und Abermillionen an Reichsmitteln sind in den letzten Jahren in die Kassen der Caritasverbände und der evangelischen Religionsgemeinschaften geflossen. Den Höhepunkt jedoch stellt der § 52a Abs. 8 des Landessteuergesetzes dar, das vor kurzem im Reichstag verabschiedet wurde. Nach diesem Paragraphen gelten dieselben Bestimmungen der Bezuschussung, die für die Gemeinden und Gemeindeverbände gelten, auch für die im Artikel 137 der Reichsverfassung genannten Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Dieser Satz bedeutet nichts weniger, als daß für die Religionsgesellschaften 75 Proz. der Mehraufwendungen, die für die Erhöhung der Beamtengehälter, der Ruhegehaltsempfänger und der Beamtenhinterbliebenen sowie die Vergütungen der Angestellten mit dem 1. Januar 1921 als Stichtag vom Reiche übernommen werden. Soweit Anstalten und Einrichtungen zur Erhaltung der Volkskultur dienen, werden auch neue Beamte und Angestellte in dieser Höhe bezuschusst. Nach dem Willen der rechtsstehenden bürgerlichen Parteien soll also das Reich 3/4 der Befoldung der Geistlichen, sämtlicher Beamten und Angestellten bis zum Kirchendiener übernehmen! In einem Augenblick, wo das Reich nicht die notwendigsten Mittel hat, um Kleinrentnern, Sozialrentnern und Erwerbslosen, Kriegskrüppeln und Kriegerhinterbliebenen den karglichsten Lebensunterhalt zu sichern, da mühen die Rechtsparteien dem Reich eine jährliche Mehrbelastung von unabsehbaren Milliarden zu. Es ist klar, daß eine solche Mehrbelastung die verhängnisvolle Inflation vermehren und die Balancierung des Haushalts schlechthin unmöglich machen wird.

Selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie sowohl im Ausschuß als auch im Plenum gegen diesen verhängnisvollen Ablass gekämpft und gestimmt hat. Mit Hilfe der Demokraten ist seine Auswirkung vorläufig noch ein wenig gehindert, indem sie beschränkt werden soll „durch nähere Bestimmungen des Haushalts“. Sogar das Reichsfinanzministerium hat sich gegen diese ungeheure Zumutung mit ihren unabsehbaren Folgen gewehrt. Es wird Aufgabe der Sozialdemokratie im Haushaltsausschuß sein, ihren ganzen politischen Einfluß dafür einzusetzen, daß dieser reaktionäre Schlag völlig abgewehrt wird.

Aber schon jetzt müssen alle freiheitlich Denkenden im Lande darüber aufgefährt werden, mit welcher Ungeniertheit die bürgerlichen Parteien nicht nur dem Reiche die notwendigen Mittel vorenthalten, sondern diesem ausgepowerten Reichshaushalt sogar den größten Teil der Lasten ihrer Religionsgesellschaften aufbürden wollen. Eine andere äußerst reaktionäre Bestimmung ist in einem § 52b ebenfalls gegen die Stimmen der Sozialdemokratie dem Landessteuergesetz eingefügt worden. Nach diesem Paragraphen sollen Anstalten und Einrichtungen, die Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege oder des öffentlichen Schul- und Bildungswesens erfüllen, ebenfalls wie Gemeinden bezuschusst werden. Die Reichsregierung bestimmt mit Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstags die Grundsätze, nach denen die privaten Einrichtungen und Anstalten diese 75 Proz. Befoldungszuschuß erhalten sollen. Wir Sozialdemokraten kämpfen seit langem dafür, daß die Wohlfahrtspflege eine öffentliche Angelegenheit wird. Das ist der einzige Weg, um sie rationell, gerecht und unparteiisch zu machen und sie vor allen Dingen dem Mißbrauch zu entziehen, den kirchliche und sonstige private Vereine im Interesse von Weltanschauungen und politischen Einstellungen mit ihr getrieben haben und oft genug noch heute treiben.

Aus diesem Grunde haben wir dagegen gekämpft, daß im Jugendwohlfahrtsgesetz den privaten Vereinen ein solch bedeutsamer Einfluß in den Jugendämtern eingeräumt wurde. Wir haben es daher überall, wo wir die genügende Macht hatten, in den Kommunen durchgesetzt, daß Kindergärten, Kinderhorte und -krippen, Volks- und sonstige Speisungen, Unterstüßungen, Kranken- und Wöchnerinnenversorgung und dergleichen mehr in kommunale Verwaltung gekommen sind. Diese Entwicklung wurde durch die finanziellen Schwierigkeiten der privaten Verbände stark gefördert. Nun

Die britische Kabinettsitzung.

London, 4. Juli. (W.B.) In der heute vormittag abgehaltenen wöchentlichen Kabinettsitzung hat Lord Curzon, wie verlautet, über den Inhalt einer Besprechung mit dem französischen und dem belgischen Botschafter Bericht erstattet. Ueber das Ergebnis der Kabinettsberatung wird strenges Stillschweigen beobachtet. Eine heute veröffentlichte Reuter-Note betont die Notwendigkeit solcher Zurückhaltung mit folgender Begründung: Wenn eine Lage so delikat sei wie die gegenwärtige, wo offensbare Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beständen, könne ein Hervorheben dieser Meinungsverschiedenheiten nur Schaden anrichten. Es werde erklärt, daß die Geheimhaltung niemals wünschenswerter wäre als heute. Es sei zwecklos, die Tatsache zu verheimlichen, daß die Lage schwierig sei und daß die gegenwärtige Besprechung eine entscheidende Bedeutung für die englisch-französischen Beschlüsse habe.

London, 4. Juli. (W.B.) Nach einem Bericht des diplomatischen Korrespondenten der „Wall Mall Gazette“ sei in englischen amtlichen Kreisen jede Hoffnung auf eine schnelle Verständigung geschwunden; die Gerüchte, daß das englische Kabinett heute Beschlüsse von entscheidender Bedeutung gefaßt habe, entbehren offenbar der tatsächlichen Unterlage.

Die übrigen Abendblätter betrachten die Lage als hochernst. Der Ton der Blätter ist im allgemeinen ruhiger als in den ersten Tagen der Woche, aber nicht weniger bestimmt. „Star“ erklärt, die Stellung Englands sei durch die Erklärung Mussolinis und die des Vatikans noch auch hin gestärkt worden. Im Innern stelle sich die öffentliche Meinung in steigendem Maße hinter die Regierung.

Belgien wünscht eine Konferenz.

Brüssel, 4. Juli. (Eca.) Es bestätigt sich, daß die belgische Regierung daran gedacht hat, eine Zusammenkunft zwischen den Premierministern Belgiens, Frankreichs und Englands zu veranlassen. Sie hat es ihrem Botschafter in London überlassen, darüber zu bestimmen, zu welchem Zeitpunkt eine derartige Initiative wünschenswert erscheint. Baron Moncheur halte jedoch den Augenblick nicht für geeignet, und insolgedessen liege auch im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Initiative der belgischen Regierung in dieser Angelegenheit nicht vor.

Neue Strafen für Duisburg.

Adla, 4. Juli. (W.B.) Ueber die Stadt Duisburg sind neue schwere Strafen verhängt worden, da nach belgischer Behauptung in der Nacht zum Dienstag belgische Soldaten angegriffen worden seien. Von heute ab ist jeder Verkehr bereits von 8 Uhr abends ab bis 5 Uhr früh gesperrt. Ferner ist außer dem Auto- und Motorradverkehr auch der Verkehr auf Fahrrädern verboten worden. Dieses Verbot erstreckt sich auf den ganzen Brückenkopf Duisburg einschließlich Mülheim-Speldorf und Mülheim-Beich.

Paris, 4. Juli. (W.B.) Nach einer Havas-Meldung aus Aachen ist wegen der Duisburger Explosion im Eisenwerk mit dem belgischen Kriegsminister die Stadt Duisburg mit einer Geldbuße von 30 Milliarden Mark belegt worden.

Stadde, 4. Juli. (W.B.) Obgleich sich im hiesigen Bezirk kein Zwischenfall ereignet hat, wurden sämtliche Wirtschaften und Kaffees auf die Dauer von vier Wochen geschlossen, ebenso wurde der Straßenbahnverkehr für vier Wochen stillgelegt.

Adla, 4. Juli. (W.B.) Der von den Belgiern wegen der Duisburger Vorgänge angeordnete gestrige Ruhetag war nicht von allen Einwohnern der betroffenen Gebiete inngehalten worden, besonders hatten die Radfahrer an das Verbot desfahrens nicht gedacht. Infolgedessen sind allenthalben in der belgischen Besatzungszone sehr viele Radfahrer angehalten worden. Aus allen Orten laufen Meldungen ein, daß sehr viele Räder, an einem Ort allein 40, den Eigentümern abgenommen wurden; die Gummireifen wurden zerschritten, die Räder selbst zertreten und zerschlagen. Allenthalben standen Posten, die die Radfahrer abfangen.

Drei Attentäter verhaftet!

Paris, 4. Juli. (W.B.) Nach einer Havas-Meldung aus Duisburg sind in der Nacht zum 3. Juli drei Personen verhaftet worden, die für die Explosion auf der Hochfelder Brücke verantwortlich gemacht werden.

Wrangels Wertschachenschiebungen.

Protestnote Rußlands an Jugoslawien.

Moskau, 3. Juli. (W.B.) In einer Note an den jugoslawischen Minister des Aeußeren Rimtschich macht die Sowjetregierung darauf aufmerksam, daß General Wrangel das von ihm fortgeführte Inventar des Petersburger Pfandleihamtes, das zum Teil aus Wertschachen von den von Privatpersonen verpfändeten Gegenständen, zum Teil aus Staatseigentum besteht, für seine Privatverwecke verkauft hat. Die Sowjetregierung verweist darauf, daß das Vorgehen Wrangels nur deshalb möglich war, weil die jugoslawische Regierung keine Gegenmaßnahmen ergriffen habe, wogegen die Sowjetregierung Protest erhebt, die jugoslawische Regierung für die Folgen verantwortlich macht und von ihr verlangt, die etwa noch vorhandenen Wertschachen unter ihren Schutz zu nehmen und der Sowjetregierung bei der ersten Gelegenheit zurückzuerstatten.

Keine Hungernöte mehr in Rußland.

Moskau, 3. Juli. (W.B.) Angesichts der Besserung der Lebensmittellage in den Hungergebieten infolge der guten Ernteaussichten wird durch einen Erlass des Allrussischen Zentralerfultkomitees die Zentralkommission für die Bekämpfung der Hungersnot aufgelöst.

Streikzusammenstöße in England. Gestern abend kam es in Whitehaven (Cumberland) anlässlich eines Bergarbeiterstreiks zu Zusammenstößen zwischen Ausführenden und der Polizei. Hierbei wurden 20 Polizisten und 60 Zivilpersonen verletzt. — Der wilde Dockarbeiterstreik hat sich weiter ausgedehnt. Im ganzen sind 30 000 Mann ausständig, davon 14 000 im Londoner Hafen.

Die Untersuchung der Raekfährungsaktion. Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Raekfährungsaktion wird seine nächste öffentliche Sitzung am Montag, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr, abhalten.

mehr ist es den privaten Verbänden, die zu neuen Forderungen politisch reaktionär und kirchlich gesinnt sind, gelungen, nicht nur für ihre sachlichen Ausgaben ungeheure Zuschüsse des Reiches zu bekommen, sondern sie sollen auch 1/4 ihrer Beamten- und Angestelltengehälter vom Reich erseht bekommen. Praktisch bedeutet das einfach, daß eine der vornehmsten Aufgaben der Kommune, die soziale Aufgabe, aus den Händen der Kommune entwunden werden soll, um wieder in die wenigstens öffentlich unkontrollierbaren recht verschiedenartigen Hände der privaten, kirchlichen und sonstigen Gesellschaften zurückgegeben zu werden.

Wäre der Städtetag wirklich eine Vertretung städtischer Selbstverwaltung, so müßte er einen einmütigen scharfen Protest gegen den § 52b einlegen. Doch der Städtetag schweigt. Aber die Sozialdemokratie und die Massen des ausgebeuteten Volkes dürfen zu diesem reaktionären Vorstoß nicht schweigen. Es ist ein Verdienst der Sozialdemokratie, daß in der Reichsverfassung und durch das Grundschulgesetz das Privatschulwesen, diese üppigste Bucharung auf dem Gebiete des Klassen- und Ständeschulwesens, stark abgebaut wurde, und die materielle Not dieser Privatschulen ließ die Hoffnung aufkommen, daß das Privatschulwesen bald völlig abgebaut sein werde. Der § 52b gibt den Privatschulen einen neuen materiellen Nährboden.

Das Landessteuergesetz hätte ein Segen für Länder und Gemeinden werden können, so aber ist dieses Naturgesetz mit dem reaktionären Ballast aus dem bürgerlichen Lager belastet. Wenn die Sozialdemokratie und die Massen der Arbeiter nicht aufpassen, so wird das letzte Schiff der Reichsfinanzen durch diese Belastung völlig in den Abgrund gezogen.

Regierung und aktiver Widerstand.

Zu Beginn der Ruhraktion herrschte, soweit man sah, in allen Kreisen des deutschen Volkes Übereinstimmung darüber, daß Anwendung von Gewalt gegen die überlegenen Machtmittel des Gegners nicht in Betracht komme. Auch deutsche nationale Blätter, wie die „Kreuzzeitung“, bekannten sich offen zu diesem Standpunkt. Allgemein wurde der passive Widerstand als das einzige, Deutschland übrig gebliebene Kampfmittel anerkannt. Und tatsächlich ist mit diesem Mittel viel erreicht worden. Nicht nur die Sympathien der Welt für Deutschland wuchsen, auch der Gegner sah sich schwer geschädigt, sein Versuch, das Ruhrgebiet zu einem „produktiven Pfand“ zu gestalten, ist gescheitert. Wenn sich die französische Regierung rühmt, täglich fünf Millionen Tonnen Kohlen herauszubekommen, so ändert das gar nichts an dieser Tatsache, denn die „Produktionskosten“ stehen in gar keinem Verhältnis zum Produktionsertrag. Die Ruhrbesetzung sollte für Frankreich eine Goldgrube erschließen, sie wurde aber ein verdammt schlechtes Geschäft.

Die Sozialdemokratie hat stets den passiven Widerstand verfochten und gewalttätige Unternehmungen stets abgelehnt. Ohne ihr Wirken wäre das Ruhrgebiet vom ersten Tage an Schauplatz der blutigsten Ereignisse geworden, die dem Volk an der Ruhr und in ganz Deutschland nur schweren Schaden gebracht hätten. Die lange Dauer der Okkupation hat jedoch den extrem-nationalistischen Elementen, die im Dynamit allein das Heil erblicken, neue Kräfte zugeführt. Bleibt es auch dabei, daß die französische Regierungspolitik an den traurigen Zuständen im Ruhrgebiet in allererster Linie die Schuld trägt, so kann doch die Sozialdemokratie sinnlosen Akten der Zerstörung gegenüber kein Auge zudrücken. Durch sie wird die Bevölkerung der besetzten Gebiete aufs schwerste geschädigt und die deutsche Außenpolitik in Mißkredit gebracht. Zugleich zeigt die Agitation, die solche Akte fordert und verherrlicht, ein ausgesprochen reaktionäres Gepräge, und überall in Deutschland entstehen „völkische“ Verbände, deren Verlangen, mit der demokratischen Republik aufzuräumen, nicht minder groß, sondern jedenfalls noch viel größer ist als die Bereitschaft einzelner ihrer Mitglieder, für heldenmütige Tor-

heiten im Kampf gegen äußere Gegner ihr Leben aufs Spiel zu setzen.

Von der Sozialdemokratie kann nicht erwartet werden, daß sie gegenüber diesen schweren äußeren und inneren Gefahren untätig bleibt. Sie wird den Kampf, den sie gegen den französischen Imperialismus führt, nicht sabotieren lassen, der Unterwühlung der Republik nicht gelassen zusehen. Hier ist ein Punkt gegeben, an dem sich die Geister klar scheiden, und die Reichsregierung muß ohne jede Zweideutigkeit zu erkennen geben, wo sie steht. Dementsprechend muß die Sozialdemokratie ihre Stellung zu ihr einrichten.

Der päpstliche Nuntius Pacelli weiß in Berlin. Er hat mit dem Reichsminister über die Frage des aktiven Widerstandes eine Aussprache gehabt, die fortgesetzt werden soll. Später empfing Dr. Cuno die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Diese ließen keinen Zweifel darüber, daß sie eine entschiedene Erklärung der Regierung gegen die Akte erwarteten und auf eine politische Aussprache noch im Verlauf dieser Woche bestehen. Die Regierung ist einer außenpolitischen Debatte abgeneigt. Die Entscheidung darüber, ob noch im Verlauf dieser Woche eine solche Debatte stattfindet, wird am Donnerstag der Vorkonferenz des Reichstags treffen.

Die Rüstungen der Putschorganisationen.

In das Treiben der Vaterländischen und Deutschvölkischen leuchtet ein Bericht des „Sozialdemokratischen Parliamentsdienstes“ hinein. Er lautet:

So werden

im Wschaffenburg Bezirke

von den nationalsozialistischen Verbänden regelrechte Rüstungsvorbereitungen getroffen. Die verwendeten Stammtafeln enthalten Angaben über alles und jedes, was zur Ausrüstung und Aufstellung einer Truppe gehört. Mitgebrachte Ausrüstungsgegenstände dieser „Vaterländischen Verbände“ werden, das ist das Interessanteste, von der Militärbehörde abgehängt und angekauft. Die Organisatoren dieser Kriegsspieler und -heher sind fast durchweg frühere aktive Offiziere, die die Waise, die ihnen eine ansehnliche Pension gestattet, dazu benutzen, um den Kampf gegen die ihnen verhaßte Republik vorzubereiten. Wie überall in Bayern, so besteht auch im Wschaffenburg Bezirke nicht nur die engste Verbindung mit der Reichswehr, sondern auch mit der Schuppalz, deren Leute gleichzeitig nationalsozialistische Sturmtruppenführer sind. Dieses ganze Treiben das auf preußisches und heftiges Gebiet hinübergreift und seine Krönung in großen Übungen findet, zu denen der abgetragene bayerische Speerpart das Randvergelände abgibt, spielt sich ab unter der wohlwollenden Unterstützung einer hohen Beamten-schaft. Jede Veröffentlichung und Brandmarke dieser Zustände schießt, genau wie im Ruhrgebiet, zu Zeitungsverboten. Unser Würzburger Parteiblatt wurde verboten, weil es diese Dinge zur Sprache gebracht hat.

Ein anderer Wetterschiff für Rechtsradikalismus ist von jeher Pommern gewesen. Kein Wunder also wenn man zurzeit auch dort wieder sehr roge an der Arbeit ist.

In Stettin und den übrigen pommerschen Städten

hat sich schon seit längerer Zeit ein „Bund der Heimatfreunde“ ausgetan, dessen Mitglieder ausschließlich frühere Zeitfreiwillige und Angehörige der pommerschen Ortschaft sind. Auch heute noch sind diese Bündler in Kompagnien eingeteilt, die selbst wieder unter „besonders schneidigen“ Führern Stoßtrupps unterhalten. Ihre Aufgabe ist, im gegebenen Augenblick, die öffentlichen Gebäude Stettins und anderer Städte zu besetzen und die „gegnerischen“ Führer zu verhaften. Auch hier zeigt sich also, daß der Kampf in erster Linie gegen den „inneren Feind“ geführt werden soll. Mit dem „Bund der Heimatfreunde“ zusammen sind alle übrigen rechtsradikalen Arbeitsgemeinschaften, Sport- und Jungsturmverbände seit dem Februar unter einer gemeinsamen pommerschen Provinzialleitung zusammengeschlossen, an deren Spitze der am 1. Februar ver-

abschiedete Kommandeur des Stettiner Wehrkreiskommandos, Generalleutnant v. Hammerstein-Gesmoold, steht. Natürlich arbeitet der gesamte rechtsradikale Apparat, hinter dem als finanzielle Rückenstützung Landbund und Bürgerbund stehen, in engster Verbindung mit dem Wehrkreiskommando, in dessen Gebäude sie sogar die Geschäftszimmer für ihr „Stellungswesen“ haben.

Eine besonders erwähnenswerte Beleuchtung erfahren die staatsfeindlichen Umtriebe

in der Niederlausitz

durch ein Schreiben, in dem sich der militärische Leiter der dortigen Selbstschutzorganisation, ein früherer Regimentstomaneur in Rotenburg, über seine Verabschiedung durch den Landbundhauptling v. Ragner beschwert. Daraus geht hervor, daß Mittel der Kreisstellen für die Zwecke der Geheimorganisationen vermandt wurden, und der Spremberger Landrat Wittins wird sogar als einer der leitenden Herren der Organisation genannt, die in dem Schreiben ausdrücklich als „verboten“ anerkannt wird. Dieser Niederlausitzer Helmbund gibt in einem Rundschreiben als Ziel seiner Tätigkeit auch unumwunden zu: Wiederherstellung der Reichsgrenzen vom August 1914 und Zurückgewinnung der deutschen Kolonien, Erzwingung einer Präsidentenwahl für den Reichspräsidenten, später wieder zu erklarenden Monarchie, rücksichtsloser Kampf gegen die parlamentarische Parteiregierung, Ausschaltung der „deutschfeindlichen, international gerichteten“ Arbeiterführer u. a. m., außerdem die Vorbereitung zur Wiedererrichtung der Monarchie, des alten Heeres und der alten Kriegsmarine.

Man sieht also, diese Leute gehen, wenn auch noch nicht in der Öffentlichkeit, so doch in ihren geheimen Zirkeln, mit zäher Zielsetzung aufs Ganze. Das Charakteristische all dieser rechtsradikalen Organisationen ist, daß ihr Kampf gegen den äußeren Feind zunächst den Kampf gegen den „inneren Feind“, die Arbeiterklasse und ihrer Führer, zur Voraussetzung hat. Großspurig verkündet daher auch das deutschvölkische „Deutsche Tageblatt“, daß es vom Juli ab Organ des Reichsbundes völkischer Kampfgewerkschaften“ geworden ist. Also auch auf diesem Gebiet wollen es die Deutschvölkischen den Kommunisten gleich tun. Sie werden ebensowenig wie diese zu ihrem Ziel gelangen!

Die Republik hat also allen Grund, auf der Hut zu sein und ihre Organe müssen mit aller Schärfe durchgreifen, wenn aus dem Spiel mit dem Bürgerkrieg nicht eines Tages Ernst werden soll.

Der Wiener Feme-Mord.

Wien, 4. Juli. (WAB.) Die Blätter bringen weitere Einzelheiten über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung in der neuen Werdacher Mordfalle. Wenn auch die Frage noch nicht geklärt ist, was das Motiv des Verbrechens Novasat an Rarger war, ob Raubmord oder politische Bemessung, so haben die phantastischen, sich vielfach widersprechenden Angaben des Mörders, welcher sich nicht mit der Moriale eines Helden zu umgeben sucht, immerhin ein bemerkenswertes Licht auf die radikalen Strömungen in einer der nationalistischen Partei Oesterreichs geworfen. Nach weiteren amtlichen Mitteilungen ergaben die Erhebungen, daß die nationalsozialistische Parteileitung Anfangs Juli v. J. Novasat wegen Disziplinlosigkeit aus der Ortsgruppe austieß. Novasat ist daraufhin, um eine eigene radikale Ortsgruppe zu bilden, mit einigen Gleichgesinnten in Verbindung getreten. Mehrere dieser zur Ortsgruppe angeworbenen Jünglinge haben erweisenmäßig schon vorher von seinen verbrecherischen Absichten gewußt. Dieser Gruppe dürften ungefähr 70 Personen angehören. Novasat stand außerdem mit einer anderen rechtsradikalen Gruppe in Verbindung. Mehrere Mitglieder dieser Ortsgruppe wurden als angebliche Mitwisser verhaftet.

Im Zusammenhang mit den Feststellungen der Postzeit in der Werdachfalle steht auch ein Waffenfund. Diese Waffen sollen von einer Gruppe, die unter Leitung eines früheren Offiziers namens Krüger stand, verborgen gehalten worden sein. Man fand Mitgliedererzeugnisse und Aufstellungen von politischen Persönlichkeiten, ferner Gifte und ätzende Säuren. Andere Verhaftungen von Mitgliedern der Gruppe sollen bevorstehen.

Die Psyche der Hungernden.

Von Dr. med. Julius Rosen.

Die furchtbare Hungersnot, von der Rußland seit mehr als Jahresfrist heimgesucht wird, hat dem russischen Forscher Prof. Frank aus Charkow Gelegenheit gegeben, der Frage nach dem psychischen Verhalten der Hungernden und Verhungerten näher zu treten. In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ erwirft der Beobachter auf Grund eigener eingehender Beobachtung ein fesselndes und gleichzeitig trauriges Bild von dem qualvollen Seelenzustand dieser Unglücklichen, von der allmählichen, unweilenweise Monate lang währenden Zerstörung des Organismus. Aus tausend und aber tausend kleiner Streifen hat der Autor das Profilbild zusammengesetzt, das er uns in erschütternder Bollenbung vor die Seele führt. Keine Kunst des Malers, keine noch so überwältigende Gestaltungskraft eines Dichters kann uns geben, was das wirkliche Leben ein ganzes Volk hat erleben lassen und noch erleben läßt.

Frank knüpft an die Erfahrung an, die er während der Hungersnot in der Ukraine als Arzt und Leiter eines großen Krankenhauses gemacht hat.

Die Hungersnot brach dort ziemlich unerwartet aus und überfiel mehrere Millionen Menschen. Die Sterblichkeit durch Hunger und Epidemien erreichte an manchen Orten 100 bis 120 Personen pro Tausend. Große Dörfer wurden entvölkert und volkreiche Städte wie Cherson des größten Teils ihrer Einwohner beraubt. Es war charakteristisch, daß die Hungersnot gerade die Provinzen am meisten heimsuchte, in denen Krieg, Revolution, Bürgerkrieg und wilde Zustände am heftigsten getobt hatten. Das konnte natürlich nicht ohne tiefgreifenden Einfluß auf die Psyche der Bevölkerung bleiben.

Prof. Frank unterscheidet im psychischen Verhalten der Hungernden zwei Stadien: ein Stadium der Erregung und ein Stadium der Depression. Selbstverständlich lassen sich diese Erscheinungen nicht immer scharf abgrenzen, selbstverständlich äußern sich diese Zustände bei den einzelnen von der Hungersnot Betroffenen je nach ihrer Individualität und Körperbeschaffenheit verschieden. In manchen Fällen stellt sich die Depression gleich mit Beginn des Hungers ein, andererseits waren Fälle der Erregung auch im Depressionszustand häufig bis zum letzten Augenblicke zu beobachten. Es scheint dieser Zustand körperlicher und psychischer Erregung im ersten Stadium der Hungersnot eine gewisse Techniklichkeit zu besitzen mit der körperlichen und geistigen Verfassung des vom Alkohol Berauschten. Körper und Geist fühlen sich zunächst freudig angetan, halten sich der größten und angestrengtesten Leistungen für fähig. Der Geist beginnt zu schwärmen, die Zunge wird bereit, bis der Rauch immer weiter und weiter fortzuschreien und im Menschen nichts weiter zurückläßt als völlige Depression, völlige körperliche und geistige Erschlaffung und Verdünnung bis zur Verblüdung und Vertierung.

In diesem Zustand gehören manche unbewußt irgendeinem dunklen Triebe. Ein solches triebartiges Handeln ist bei diesen das Fortwandern vom Hause. „Alle Wege, alle Eisenbahnen, die aus dem Hungergebiete hinausführten, waren mit Unglücklichen besetzt, von denen viele gar nicht wußten, wo sie sich befanden und nicht sagen konnten, wohin sie gingen und was sie erwarteten. Gar

manche von ihnen, die auf den Welsen ihre Rüste verbrachten, fanden unter den Räubern der Jäger ihren Tod. Auch viele von den Verbrechern, die in diesem Stadium von Hungernden begangen werden, tragen den Stempel des Zwiespaltens und lassen den Mangel an Zielbewußtsein erkennen.“

Mit entsetzlicher Wahrheit, mit furchtbarer Naturtreue schildert uns Frank das zweite Stadium der Hungersnot in seinem Volke. Da lösen sich alle Bande frommer Scheu, da werden alle religiösen und sittlichen Begriffe und Vorstellungen auf den Kopf gestellt. Das Familienleben erhält den Todesstoß. Alle gesellschaftlichen Bande hören auf. Der Egoismus, die krasseste Selbstsucht, die Gleichgültigkeit gegenüber fremdem Leben, selbst gegenüber dem nächsten Angehörigen, gegenüber hilflosen Greisen und Kindern töten den letzten Rest besserer Gefühle, überkommenen sittlichen Verantwortungsgesühl im Menschen. „Ich muß mir jedesmal einen Aufgeben, wenn ich das Stück Brot, das ich für mich vorgesehen hatte, mit den Kindern teilen muß.“ äußerte sich eine Mutter noch im ersten Stadium des Hungers. Ein Mann wurde tot auf dem Leichnam seines früher von ihm ermordeten Bruders gefunden mit einem Messer in der Hand und einem Stück rohen Fettes im Munde, das er sich eben herausgeschnitten hatte. Totschlag von Kindern, die beim Stehlen angetroffen wurden, waren häufige Erscheinungen, wie überhaupt beispiellose Grausamkeit und Anstandlosigkeit allem voran aber steht die furchtbare Erscheinung des Kannibalismus, und zwar überwiegend bei Frauen und darüber hinausgehend direkter Handel mit Menschenfleisch. In zahlreichen Fällen töten und verzehren Frauen das Fleisch ihrer eigenen Kinder. Das Menschenleben verliert jeden Wert, der Mensch wird Sache, reines Objekt, wird gemordet, um der eigenen Selbstverhaltung willen. „Es wäre auch so gestorben“, wurde mehrfach gehört von Müttern, die ihre eigenen Kinder umgebracht und verzehrt hatten. Und: „Wir konnten so wenigstens unser eigenes Leben retten.“ „Alle löten ringsumher“, gestand eine Kindesmörderin. Wenn so in den Müttern die Hungersnot die Liebe zu dem eigenen Fleisch und Blut, der sich doch selbst das Tier nicht entzieht, ertötete, was darf man da gegenüber Fremden erwarten? Da erscheint es beinahe als grauenhafte Selbstverständlichkeit, als naturgemäße Entwicklung, wenn aus der Menschenfresserei der gewerdmäßige Handel mit Menschenfleisch entstand. Genug mit diesen Schrecknissen. Man ermittle nur den Grad von Apathie, das völlige Schwanden aller menschlichen Gefühle, die der Hunger in seinem letzten Stadium erzeugt.

Das Anfangsstadium der Hungersnot haben wir bereits in Deutschland, das Stadium, das sich in der Bekundung von heftiger Erregung kundgibt. Vor dem letzten Stadium des Hungers, zu dem es das russische Volk gebracht hat, hat uns ein gnädiges Schicksal bis jetzt behütet. Und doch: für eine optimistische Auffassung der Dinge fehlen alle Unterlagen. Pessimismus beherrscht nach wie vor die Bage. Würde dem deutschen Volke und seiner Regierung die Hungersnot in Rußland ein warmendes Beispiel sein. Würden wir bewahrt bleiben vor dem Hunger, der in bestialischer Vernichtungswut sich ausstößt, und vor jenem letzten und schlimmsten Stadium des Hungers, der gedankenlosen Apathie, der summen Bergweisung, dem Erlöschen aller menschlichen Triebe im Volke.

Eine Sammlung für Volksmedizin. Eine interessante Sammlung wird, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mit-

geteilt wird, von der Zentralstelle zur Förderung der Volksbildung und Jugendpflege in Hessen angelegt. Die Stelle fordert die Bevölkerung, besonders Ärzte, Schwestern, Hebammen, Pfarrer und Lehrer auf, ihr alle Beobachtungen mitzuteilen, die sich auf Volksmedizin beziehen. Es handelt sich in erster Linie um volkstümliche Bezeichnungen einzelner Krankheiten, Volksheilmittel, abergläubische Vorstellungen von Krankheiten, von ihrer Entstehung, Verhütung, Behandlung usw.

Das Kaninchen als Rückenmutter. Ein merkwürdiges Schauspiel, bei dem ein junges Kaninchen als Rückenmutter oder, da es männlich ist, besser als Rückenvater austrat, wird in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ geschildert. Die Sache wird durch das männliche Geschlecht des Tieres noch kurioser, da bekanntlich der Hauskaninchenrammler nicht einmal seinen eigenen Jungen ein guter Vater zu sein pflegt. Dieses Kaninchenoriginal, das in der Umgegend von Zwidau herannah, zeigte aber eine ganz abweichende Veranlagung. Der fragliche Rammler wurde warm gefeilt, weil er nicht ganz auf dem Posten war, und man brachte einige Zwerghühnerküken zu ihm in denselben Raum, die ebenfalls Wärme nötig hatten. Die benutzten ihn nun ohne weiteres als Extra-Wärmeflasche, indem sie sich an seinen Bauch heranschleifen oder auf seinem Rücken niederließen. Das ließ er sich ruhig gefallen, und die Folge davon war, daß sie ihm später auch im Freien nachstiefen, ganz wie einer Glucke. Bedenkt man, daß Kaninchen sonst gegen fremde Berührung sehr empfindlich sind und daß besonders der Rammler ein höchst kriegerisches und unerbittliches Wesen haben, so liegt hier ein sehr bemerkenswerter Ausnahmefall vor.

Die Staatsoper bei Kroll. Wie die Leitung der Staatsoper der Volksbühne u. S. mittel, beachtet sie, das Opernhaus am Königsplatz (früher Kroll) im Oktober mit einer Neuinszenierung der „Meisterlanger“ zu eröffnen. Die Mitglieder der Volksbühne werden vornehmlich im ersten Vierteljahr folgende Darbietungen der Staatsoper erhalten: „Rodelo“, „Zauberflöte“, „Bar und Zimmermann“, „Rabane Butterfl“, „Ringsgold“, „Die tugendlichen Weiber“, „Die Stumme von Portici“, „Der liegende Holländer“, „Der Rosenkavalier“, „Bodeme“, „Undine“, „Balfüre“, „Rigaro“, „Der Freischütz“, „Fra Diavolo“, „Christophlein“, „Die Fledermaus“. — Des Inhalts der Staatsoper ist mit Rücksicht auf die Übernahme des zweiten Opernbetriebes erheblich vergrößert worden. Neue Engagements sind für die nächste Spielzeit abgeschlossen mit dem Namen: Leiser, Lorenz, Hillischer, Salvatori, de Strozz, Schumann, Klein, Boehm, sowie mit den Herren: Kravosco, Dvorak, Gänther, Jöten, Zauber, Ritzmann, Witting, Gartenstein, Reis, Schmitz, Schorr, Abendroth, Dierckamp. Einige Verhandlungen schweben noch.

Mitgliederanmeldungen zur Volksbühne werden für das nächste Jahr wieder entgegengenommen. Die Einschreibgebühr beträgt bis einschließlich 9. Juli noch 3000 Mark und steigt dann auf 5000 Mark. Die Anmeldungen sind in der Geschäftsstelle des Vereins, Linienstraße 27, oder in einer der 34 Filialstellen, Kreisliche Theaterläden usw. zu vollziehen.

Kammerfänger Josef Schwarz hat das Honorar, welches er für sein Gastspiel als „Bajram“ an der Staatsoper bezog, in voller Höhe den Wohlfahrtsvereinigungen der Staatsoper zur Verfügung gestellt.

Die bayerische Art.-48-Verordnung. Geschäftsordnungsdebatte als Vorpiel.

Heute kommt im Reichstag der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung zur Beratung. Er wird von Genossen Unterleitner begründet werden. Gestern gab es dazu ein geschäftsordnungsmäßiges Vorpiel, das nicht ohne Erregung verlief. Der Antrag stand als letzter Punkt auf der Tagesordnung und sollte auf Vorschlag des Vizepräsidenten Bell erst am folgenden Tag zur Beratung gelangen. Dem widersprach Kahl (Dsp.), der Vorschlag, den Antrag ohne Debatte dem Rechtsausschuß zu überweisen. Fehrenbach (Z.) schloß sich festamerweise diesem Vorschlag an, obwohl Genosse Dittmann zweimal namens der antragstellenden Partei entschieden widersprach.

Da der Antrag, der auf Mundtotmachung der antragstellenden Partei hinauslief, trotz dieses Einspruchs aufrechterhalten wurde, verließen die Sozialdemokraten vor der Abstimmung den Saal. Nun beantragte Nieher (Dsp.) namentliche Abstimmung, die in Abwesenheit der Sozialdemokraten stattfand und Beschlußfähigkeit ergab. Somit blieb es bei dem Vorschlag des Vizepräsidenten, und die Debatte findet heute statt.

Da die Geschäftsordnung Ueberweisung eines Initiationsantrags an einen Ausschuß ohne Debatte nur mit Zustimmung der Antragsteller zuläßt, war sowohl der Antrag auf debattelose Ueberweisung an den Rechtsausschuß wie auch die Abstimmung über ihn geschäftsordnungswidrig. Die Herren von der Volkspartei hatten einen peinlichen Zwischenfall hervorgerufen. Erreicht haben sie nichts.

Die bayerischen Verfassungsfreunde.

Die Befugnisse des Präsidenten sollen beschnitten werden.

München, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die ultra-bosovare Richtung der Bayerischen Volkspartei hat im Landtag eine Schlappe erlitten. Im Verfassungsausschuß beantragten diese Herren, Bayern möge im Reichsrat veranlassen, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung in dem Sinne korrigiert werde, daß die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten eingeschränkt werden, soweit es sich um die Hoheitsrechte der Länder handle. Sozialdemokraten und Demokraten wollten von dem Antrag nichts wissen, während die Koalitionsparteien ihm zustimmten. Die Mehrheit war aber der Meinung, daß die Frage unter den gegenwärtigen Umständen nicht aufzutreten sei. Man solle es also der Regierung überlassen, zu gegebener Zeit von dem Antrag Gebrauch zu machen.

Polizeidirektion gegen Stadtverwaltung, aber für Piffler.

München, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die hakenkreuzlerischen Provokationen und nächtlichen Ueberfälle in München haben in der letzten Zeit derart überhand genommen, daß der Stadtrat eine Beschwerde an die Polizeidirektion einreichte und die Forderung erhob, Maßnahmen zu treffen, um die Bekehrung der brutalen Ueberfälle zu verhindern und die Sicherheit friedlicher Bürger mehr als bisher zu gewährleisten. Der Stadtrat ist bekanntlich für die Polizei nicht zuständig. Als er vor kurzem anlässlich einer geplanten Hüller-Parade eine Warnung an die Bevölkerung erlassen wollte, sich nicht provozieren zu lassen, wurde der Plan von der Polizei vereitelt. Der Polizeipräsident drohte damals dem Bürgermeister, er werde durch seine Polizeimannschaften solche Anschläge sofort von den Plätzen herunterreißen lassen, eine Tätigkeit, der sich ein Teil der Polizeimannschaften, die selbst aktiv zur Hüller-Partei zählen, gewiß mit Freuden unterzogen hätte. Dieses Verhalten des Polizeipräsidenten veranlaßte den Stadtrat, die Beschwerde dem Landtag zuzuleiten, damit die von den Nationalsozialisten anlässlich des Turnfestes geplanten Provokationen und Einbrüche rechtzeitig unterbunden werden.

Dr. Franke, der „Ruhelämpfer“.

Im Verlauf der letzten Mainzer Kriegsgerichtsverhandlungen, die zu einem Todespruch gegen sieben Deutsche führten, soll u. a. festgestellt worden sein, daß die Beschuldigten von einem gewissen Dr. Franke-Augsburg, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, zu den verbrecherischen Taten aufgefordert sein sollen. In Wirklichkeit handelt es sich aber auch hier um einen maßgebenden Vertreter und Führer der Augsburg-Regionalsozialistischen Arbeiterpartei, der es vorgezogen hat, junge unerfahrene Elemente für Geld und gute Worte in den Tod zu treiben, während er selber weit vom Schusse seine eigene Haut sicherte. Dieses Mitglied unserer sogenannten „nationalen Kreise“ ist Oberstadtmann bei der Stadtverwaltung Augsburg. Während des Krieges hatte er es ebenfalls trefflich verstanden, sich durch Eintritt in städtische Dienste als „unabkömmlich“ vom Frontdienst zu drücken und im bombensicheren Unterstand der Heimat zu verbleiben. Mit desto mehr Mut betätigte er sich nach dem Bankrott des alten Regimes gegen den „inneren Feind“. Bald spielte er eine große Rolle in der Nationalsozialistischen Partei, wurde Gründer und Führer des Sturmtrupps und war bei allen Rohheitsakten dieser nationalen Helden in eigener Person beteiligt. Sein Amt als Vorsitzender des Wiedereingangsamts und des Schlichtungsausschusses mißbrauchte er zu einer Uudenhebe, so daß er nach Abschluß eines Disziplinarverfahrens von diesen Posten entfernt werden mußte. Ein Parteigänger und früherer Freund bezichtigte ihn öffentlich und bei der Staatsanwaltschaft der Unterschlagung, weil er als Vorsitzender des Kriegswucheramts eine ihm gemeldete Preistreibererei unterschlug, nachdem auf seine Veranlassung der Angeklündigte zugunsten der nationalsozialistischen Partei einen Geldbetrag gestiftet hatte. — Die Feststellungen vor dem Mainzer Kriegsgericht haben den Stadtrat in Augsburg veranlaßt, gegen Franke neuerdings eine Untersuchung einzuleiten.

Volksgesetz und Bündnisverträge.

Genosse Dr. Rabdruch schreibt uns:

In meiner Rede über den Fall Fehrenbach habe ich zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der bayerischen Volksgesetze bemerkt, die Begründung des Volksgesetzes auf die Versailler Bündnisverträge von 1870 sei erst längere Zeit nach der Entstehung des Volksgesetzes behauptet worden. Nun enthält zwar nicht das Volksgesetz selbst, wohl aber seine Begründung einen Hinweis auf Art. III § 5 Ziff. IV des Versailler Bündnisvertrages vom 23. November 1870. Dieser Hinweis steht aber im Widerspruch mit der von mir angeführten Erklärung des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann in der Sitzung des Landtagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 22. Juli 1919, daß die Versailler Bündnisverträge nicht mehr in Kraft seien. (Süddeutsche Wochenschrift 1920 S. 1008.) Es haben also sogar gleichzeitig zwei verschiedene amtliche Ansichten über die Rechtsgrundlagen des Volksgesetzes bestanden.

Der Saarstandal vor dem Völkerbundsrat.

Lord Cecil und Branting für das Recht des Saarlvolkes.

Genf, 4. Juli. (Ausführlicher Bericht von WTB.) In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates über die englischen Anträge zur Saarfrage hielt

Lord Robert Cecil

eine mehrstündige Rede über das Saarproblem. Er gab zunächst einen ausführlichen Überblick über die Bestimmungen des Versailler Vertrags und führte auf Grund der Artikel 45 bis 50 mit Anklagen den Nachweis, daß es die Absicht des Versailler Vertrags sei, eine unparteiliche Regierung einzusetzen, die für das Wohlergehen der Bevölkerung zu sorgen habe unter Wahrung der Interessen, die der Besitz der Gruben dem französischen Staat sichert. Diese Regierung sei dem Völkerbunde verantwortlich, der sie ernenne, und nicht etwa der französischen Regierung, was ausdrücklich in der diplomatischen Korrespondenz während der Friedensverhandlungen festgestellt wurde; der Bevölkerung sei dabei die Anwendung der bisherigen deutschen Gesetze, Freiheit der Religion, Schule, Sprache usw. gewährleistet worden. Der

Völkerbundsrat sei verantwortlich

für das gute Funktionieren der Saarregierung und es sei daher seine Pflicht, von Zeit zu Zeit die Lage des Saargebietes nachzuprüfen. Die schwierige Lage der Bevölkerung, die ihre Regierung nicht selbst erneuern, müsse dabei besonders berücksichtigt werden, wie auch die Schwierigkeit, die daraus für die Regierungskommission erwachse, die zweifellos viele gute und nützliche Verwaltungsarbeiten geleistet habe. Nachdem Lord Robert Cecil die allgemeinen Gründe erörtert hatte, die für eine Untersuchung der Lage des Saargebietes sprächen, ging er auf die besonderen Gründe über, welche die

Notverordnung vom 7. März

und die Streikpostenverordnung der Regierungskommission mit sich gebracht hätte. Die erste Verordnung habe die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt, sie habe das notwendige Maß überschritten und in England zum Teil ganz den Eindruck von Fanatismus gemacht. Was die Streikverordnung betreffe, so müsse man sich fragen, ob sie in einem Land, dem der Versailler Vertrag ausdrücklich die Arbeiterrechte garantierte, möglich sein dürfe. Die erste Notverordnung sei auf jeden Fall ohne Befragung der Einwohner und trotz ihres Protestes erfolgt, obwohl nach dem Saarstatut eine Befragung zu erwarten gewesen wäre und keine ausreichenden Gründe dafür beständen, sich über eine spätere Befragung hinwegzusetzen. Die Anschuldigungen, wonach die Verordnung direkt auf die französische Regierung zurückgehe, und auf die er, Cecil, nichts geben wolle, beweise immerhin, mit welcher Vorsicht man hätte vorgehen müssen. Die erste Notverordnung sei jetzt durch eine zweite Verordnung ersetzt worden, die ebenfalls nicht vor den Landesrat gebracht worden sei, was kaum den Bestimmungen des Versailler Vertrags entspreche.

Lord Robert Cecil erwähnt auch hier die verbreitete Auffassung, daß die verschiedenen Mitglieder der Regierungskommission sich nicht darüber klar sind, daß sie nicht Vertreter ihrer Regierungen, sondern des Völkerbundes sein müssen und daß z. B. das französische Mitglied sich nicht als Vertreter Frankreichs betrachten dürfe.

Er teilt mit, daß ein Mitglied der Regierungskommission erklärt habe, ihm sei nur der letzte Rechenschaftsbericht der Regierungskommission vorgelegt worden, während alle anderen Berichte, die dem Völkerbundsrat unterbreitet wurden, nur vom Präsidenten der Regierungskommission ausgingen.

Lord Robert Cecil ging des Weiteren auf die Frage der französischen Frankwährung und der französischen Truppen im Saargebiet ein. Die Deutschen bedauerten sich, daß die Regierungskommission nicht berechtigt sei, den französischen Frank als gesetzliches Geld einzuführen. Obwohl er das Vorgehen nicht für gerechtfertigt und die wirtschaftliche Verwaltung der Regierungskommission für nicht anerkanntswert halte, müsse es doch geprüft werden.

Die Anwesenheit von fremden Truppen im Saargebiet spreche nicht dem Vertrage.

Die Schaffung der im Vertrag vorgesehenen lokalen Genzarmerie sei viel zu langsam gehandhabt worden. Auf den Zweck der englischen Anträge eingehend, erklärte Lord Cecil die Einsetzung einer Untersuchungskommission im Saargebiet nicht für wünschenswert, da die Lage nicht allzu ernst sei und zu keinen eigentlichen Handlungen der Tyrannei geführt habe. Die zweite Möglichkeit, eine Untersuchungskommission in Genf neben dem Völkerbundsrat einzusetzen, sei gleichfalls nicht wünschenswert. Lord Cecil schlug vor, daß der Rat selbst die Lage des Saargebietes und die Handlungen der Regierungskommission prüfe und dabei nicht nur den Präsidenten der Kommission, sondern alle Mitglieder derselben

in Genf befragen solle. Die Mitglieder der Regierungskommission seien Vertreter des Völkerbundsrates, der daher ein Recht habe, zu erfahren, wie sie ihre Pflicht erfüllen. Ein solches Verlangen diene der Kommission die Möglichkeit, ihre Handlungen zu rechtfertigen und den Beweis zu erbringen, daß sie ihr Amt mit Unparteilichkeit und Pflichtgefühl verwalteten. Die Ausführungen Lord Cecils wurden mit Mäßigung, aber dennoch mit großer Bestimmtheit vorgetragen.

Der französische Delegierte

Hanotaux

legte sofort den französischen Standpunkt dar. Zu Anfang versuchte er, die früheren Erklärungen von englischen Staatsmännern und selbst von Lord Cecil gegen die vorgebrachten Argumente auszuspielen; außerdem bemühte er sich, die Anschuldigungen gegen die Regierungskommission auf

tendenziöse Propagandaarbeiten

zurückzuführen, deren Fabrikarbeit man genau kenne, um dann schließlich in wärmster Weise für die Notverordnung einzutreten, die das Saargebiet vor schweren Erschütterungen bewahrt habe. Nur durch die Notverordnung sei der Streik beendet worden. Ueber die Streikpostenverordnung äußert er sich weniger zuversichtlich und ruft schließlich aus: „Was ist denn eigentlich geschehen? Nichts! Nichts! Nichts!“

Ferner sucht Hanotaux nachzuweisen, daß der Kommission selbständige Regierungsfunktionen eingeräumt seien. Die Einführung der Frankwährung rechtfertigte er mit der Notwendigkeit, im Interesse der Bevölkerung die Spekulation zu unterbinden. Was die Untersuchung betreffe, so erklärte er sich mit dem jetzigen Vorschlag Lord Cecils einverstanden, aber er müsse aufs entschiedenste davor warnen, daß man das Saargebiet von Genf aus regieren wolle.

Branting (Schweden)

teilte mit, daß er ermächtigt sei, den englischen Antrag zu unterstützen. Der Hauptvorwurf gegenüber der Regierungskommission sei, daß es ihr nicht gelungen sei, mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten und ihr Vertrauen zu erwerben. Das Regierungssystem müsse mehr demokratisch entwickelt werden. Sodann machte Branting den Vorschlag, daß

auch der Landesrat in Genf gehört

werden solle. Er wies die französischen Verdächtigungen über falsche Propaganda zurück.

Im Schlußwort wünschte Lord Robert Cecil, daß der Vorschlag Brantings bis nach Anhörung der Kommissionsmitglieder zurückgestellt werden solle. Er könne nicht das ideale Bild annehmen, das Hanotaux vom Saargebiet entworfen habe, auch sei der Streik nicht durch die Notverordnung, sondern wie fast alle Streiks

durch Gehaltssteigerung beendet

worden. Schließlich stellte Lord Cecil ausdrücklich fest, daß er der optimistischen Haltung Hanotaux' nicht zustimmen könne.

Der Präsident des Rats, Salandra, schlug hierauf vor, den Reolutionsrat in geheimer Beratung aufzusehen, wobei er von Hanotaux unterstützt wurde. Lord Cecil erklärte sich hierzu mit einer Einschränkung bereit.

Sodann wurde in längerer nichtöffentlicher Beratung der bereits mitgeteilte Wortlaut der Entscheidung einstimmig angenommen.

Starke Unzufriedenheit in Paris.

Paris, 4. Juli. (Wib.) Die Kommentare, die die französische Morgenpresse der gestrigen Debatte des Völkerbundsrates über die Saarfrage widmen, äußern starke Unzufriedenheit über deren Verlauf, der vom „Echo de Paris“ als ein Mißerfolg der französischen Delegation angesprochen wird. Das Blatt teilt mit, daß Herr Hanotaux von der französischen Regierung die Instruktionen erhalten habe, sich jeder Unterjochung, sei es in Genf oder in Saarbrücken, als einer Schwächung der Autorität der Regierungskommission zu widersetzen und höchstens einer Prüfung der Angelegenheit innerhalb des Völkerbundes zustimmen. Er sei jedoch ausdrücklich angewiesen worden, unter keinen Umständen eine Vernehmung von Vertretern der Saarbevölkerung zuzulassen, während der französische Text des erst gestern veröffentlichten Communiqués allerdings nur von einer Prüfung (Examen) spreche, heißt es im englischen Text inquiry, das mit dem französischen Wort enquête gleichbedeutend sei. Auch in der Frage der Vorladung von Vertretern der Saarbevölkerung habe Herr Hanotaux den französischen Standpunkt nicht durchzusetzen vermocht. (Sodann nicht vollständig und nicht endgültig, da diese Frage zurückgestellt wurde. Red. d. B.)

Die Folgen der Rheinlandsperrre.

Hamm, 4. Juli. (Wib.) Das Wohlfahrtsamt der Stadt Hamm hat augenblicklich alle Hände voll zu tun, um dem ungeheuren Zustrom der Ausgesperrten gerecht zu werden. Dieser beläuft sich in Hamm auf rund 4000 Personen, jeder Zug bringt aber neue Trupps von Opfern der französischen Verteilungsschikane. Der größte Teil der in Hamm Ankommenen ist nach kurzem Aufenthalt auf Kosten des Roten Kreuzes an Verwandte in unbesetzten Deutschland weitergeleitet worden. Für 300 Personen hat die Stadt Hamm Unterkunft geschaffen. Sie sind in Kasernenquartieren, zum Teil auch bei Privatpersonen untergebracht.

Essen, 4. Juli. (Wib.) Grundsätzlich soll die Genehmigung zur Ausstellung von Ausnahmepassierscheinen erteilt werden bei Todesfällen, wobei aber Abschrift der Sterbeurkunde beizubringen ist, ferner bei schweren Krankheitsfällen und für Großhändler in besonderen Fällen. Außerhalb der Grenze der Kontrollstellen wohnenden Arbeitern werden keine Passierscheine gegeben. Vertreter der Arbeiter erklärten, es werde unter diesen Umständen nicht möglich sein, die Ruhe in den Arbeiterkreisen aufrechtzuerhalten.

Essen, 4. Juli. (Wib.) Heute mittag fand vor dem hiesigen Rathaus eine Arbeitslosenkundgebung statt. Teilnehmer umstellten das Rathaus und besetzten sämtliche Ein- und Ausgänge. An den Magistrat wurde eine Abordnung geschickt, die neue Forderungen der Arbeitslosen überreichte sollte. Die neu eingeführte blaue Polizei zog bald wieder ab, da die Demonstranten erklärten, sie würden sich ruhig verhalten. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist zurzeit noch nichts bekannt.

England durchkreuzt die Blockade.

Elberfeld, 4. Juli. (Eig. Draht.) Die Verhandlungen in London über den Verbleib der in englisch besetzten Zone, die der englische Vertreter in Köln angeregt hatte, haben bis jetzt, wie die englische Kommission in Köln mitteilt, das Ergebnis gehabt, daß die Bewohner des englisch besetzten Gebietes, die im Besitze des englischen Stempels sind, mit dem unbesetzten Deutschland verkehren können. Das bedeutet praktisch die Durchbrechung der französischen Blockade.

Lebenslängliche Zwangsarbeit für Grenzüberschreitung!

Karlsruhe, 4. Juli. (Wib.) Die Absperrung im Offenburger und Reher Gebiet wird streng durchgeführt. An der Grenze sind Posten angebracht, wonach schon die Annäherung an die Grenze strafbar ist, und zwar werden männliche Personen mit lebenslänglicher Zwangsarbeit und weibliche Personen mit 10 Millionen Mark Geldstrafe bestraft.

Brüssel, 4. Juli. (Eig.) Zwei weitere belgische Soldaten, die bei der Explosion auf der Rheinbrücke bei Duisburg verwundet waren, sind gestorben.

Die Koalitionsfrage in Oldenburg.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben: Der vor drei Wochen neu gewählte oldenburgische Landtag wird am 10. Juli zu einer kurzen Tagung zusammentreten, um die Bildung der neuen Regierung vorzunehmen. Seit dem Rücktritt des Ministeriums Langen, der erfolgte, als die Deutsche Volkspartei auf der auch vom Reichstagsrat nicht gewünschten Wahl bestand, führen bekanntlich drei höhere Beamte die Regierungsgeschäfte. Aus dem von den Koalitionsparteien erzwungenen Wahlkampf ist die alte Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum ungeschwächt hervorgegangen; die Deutsche Volkspartei, die Vorkämpferin für die Neuwahlen, erlitt Verluste. Wäre die Regierung seinerzeit nicht zurückgetreten, so blieb sie einfach, neugeschärft durch das Datum des 10. Juli, am Ruder. So aber ist eine Neubildung der Regierung notwendig. Die Zentrumspartei, deren rechter Flügel seit langem mit der in Oldenburg weit rechtsstehenden Deutschen Volkspartei lebendig, fordert bereits die Einbeziehung dieser Partei in die Regierungskoalition, also die „große Koalition“, und beantragt überdies den Ministerpräsidenten für sich. Für die Sozialdemokratie kommt diese Koalition nicht in Frage, erst recht nicht nach dem Verhalten der Deutschen Volkspartei im Laufe des letzten Jahres und nach dem Wahlausfall. Aber auch die Zentrumsmehrheitspräsidentenschaft wird nur eine etwas frühzeitig erhobene theoretische Forderung bleiben; denn schließlich hat sich das Zentrum behauptet die Demokraten aber, die Partei des bisherigen Ministerpräsidenten, ansehnlichen Stimmenzuwachs erzielt.

Gewerkschaftsbewegung

Urabstimmung in der Metallindustrie.

Die gestrige Vertrauensmännerversammlung der Berliner Metallarbeiter hat die Vornahme einer neuen Urabstimmung über den Schiedspruch beschlossene. Die Ergebnisse sollen so schnell als möglich bekanntgegeben werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat sich, nachdem er von der Ablehnung des Schiedspruchs durch die Funktionäre Kenntnis erhalten hatte, unverzüglich mit dem Vorsitzenden des Metallartikels Ulrich in Verbindung gesetzt, um festzustellen, unter welchen Bedingungen noch in allerletzter Stunde der Riesenstreik vermieden werden könnte.

Wie die BS-Korrespondenz meldet, hat der Verein Berliner Metallindustrieller den Schiedspruch gegen eine nicht unerhebliche Minderheit angenommen und außerdem beschlossen, die am letzten Montag gehaltenen Vorschüsse in Höhe von 40 000 bzw. 30 000 M. vorläufig nicht abzugeben.

Reaktionäre Verdrehungskünste.

Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt in ihrer gestrigen Abendausgabe zu dem einstimmigen Beschluß der Funktionäre in der Berliner Metallindustrie, den Schiedspruch abzulehnen, Stellung. Sie schreibt:

„Die Funktionäre und immer wieder die Funktionäre! Die Stimmung der Arbeiterschaft in den großen Betrieben der Berliner Metallindustrie ist durchaus nicht streiklustig. Aber die Funktionäre wollen den Streik. Bei dem unerhörten roten Terror, der in allen Werten herrscht, erscheint es auch wahrhaftig, daß die Funktionäre ihren Willen durchsetzen werden. Und warum soll mit aller Gewalt gestreift werden? Der „Vorwärts“ sagt's mit donkswortiger Offenheit: Weist sich die Werke dem sozialdemokratisch-kommunistischen Rechtspruch auf Umänderung des Lohnsystems nicht sofort und bedingungslos beugen. Die führenden Männer der Berliner Metallindustrie sind nämlich der Überzeugung, ein Lohnsystemwechsel könne nicht zuerst und allein bei den Löhnen erfolgen; sie können es nicht verantworten, eine große Industrie der sozialistischen Experimentierwerkstatt auszuliefern.“

Daß das Blatt die Verantwortung für den Streik von den Unternehmern abzumachen versucht und es in seiner hinfänglich bekannten Art unternimmt, sie denjenigen zuzuschreiben, die „ihren Willen unter allen Umständen durchsetzen wollen und darum die Arbeiterschaft in den Streik treiben“, erscheint nach den jüngsten Ausführungen nur zu selbstverständlich.

Während nun das Blatt „mit Gott für König und Vaterland“ sich für das Unternehmertum ins Zeug legt und mit jesuitischer Taktik die Dinge zu verdrehen sucht, passiert ihm das Unglück, daß die „Vossische Zeitung“ ebenfalls in ihrer gestrigen Abendausgabe zu den Vorgängen in der Metallindustrie Stellung nimmt und dabei unter Hinweis darauf, daß die Ablehnung des Schiedspruches erfolgte, obwohl er unter Zustimmung der Arbeitnehmervertreter zustande kam, folgendes schreibt:

„Gerade dieses Moment zeigt deutlich, daß es sich bei dem Lohnkampf um eine Bewegung handelt, die von unten, mittelbar aus den Massen heraus entstanden ist.“

Ja wohl, diese Bewegung geht unmittelbar aus den Massen heraus. Die von der Arbeiterschaft bestellten Funktionäre kennen die Stimmung der Arbeiter nur zu gut und sie haben gar nicht nötig, den „roten Terror“, von dem die „Kreuz-Zeitung“ schwafelt, anzuwenden, im Gegenteil müssen sie nur zu oft, wenn sie vor zu schnellem Handeln warnen, den Vorwurf einstecken, daß sie „Bremsen“ seien. Aber was gilt die Wahrheit, wenn kapitalistische Interessen in Frage kommen.

Streik im Baugewerbe.

Die Würfel sind gefallen. Die Mitglieder des Baugewerksbundes haben gestern abend mit überwiegender Mehrheit den Streik beschlossen. Ein allgemeiner Streik im Berliner Baugewerbe hätte sich vermeiden lassen, wenn die Unternehmer mehr soziales Verständnis für die Notlage der Arbeiter aufgebracht hätten. Die Haltung der Unternehmer ist um so unverständlich, da in einer ganzen Anzahl von Städten im Deutschen Reich, was den Unternehmern nicht unbekannt ist, bedeutend höhere Löhne gezahlt werden. Die Verantwortung für alles, was nun kommen kann, fällt auf die Unternehmer. Die Streiklistungen der in Frage kommenden baugewerblichen Arbeitnehmerverbände haben in ihrer gestrigen Besprechung im Beisein der Vertreter der Bundesvorstände beschlossen, überall da, wo der Schiedspruch anerkannt wird, weiterzuarbeiten. Dies gilt natürlich nur für die Lohnwoche vom 23. Juni bis 4. Juli und beträgt für diese Woche der Stundenlohn für Maurer, Zementfahrbreiter, Einschaler, Stein- und Kalkträger 9500 M. Bei den übrigen Gruppen bleibt es bei der bisherigen Spanne. Für die Zeit vom 5. Juli bis einschließlich 11. Juli wird ein höherer Stundenlohn gefordert, der durch die Streiklistungen festgesetzt und durch die Tagespresse bekanntgegeben wird. Im übrigen weisen wir darauf hin, daß Kostendarstellungen sowie die von der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführten Kostendarstellungen fortzuführen sind. Die Fachgruppen der Töpfer, Glaser, Fliesenleger und Brunnenbauer sind nicht an dem allgemeinen Streik im Berliner Baugewerbe beteiligt, da diese ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen selbst regeln. Auch die Lehrlinge bleiben in den Betrieben. Die Ausgabe des Streikmaterials an die Leiter der Kontrollmeisterei erfolgt am Donnerstag, den 5. Juli, morgens 8 Uhr, im Verbandsbureau, Zimmer 51. Alle am Streik beteiligten Kollegen des Baugewerksbundes melden sich vom Donnerstag, den 5. Juli ab, nachmittags 2 Uhr, in ihrem Bezirkslokal zur Kontrolle. Als Ausweis gilt das Verbandsbuch. Der Vorstand des Baugewerksbundes.

Achtung, Zimmerer! Alle Bezirksleiter müssen heute, Donnerstag, den 5. Juli, pünktlich 9 Uhr vormittags, bei Panjara, Reichsstraße 15, erscheinen. Vorstand und Schlichtungskommission um 9 Uhr im Bureau. Mittags 12 Uhr finden in den sämtlichen Bezirken Versammlungen statt. Der Vorstand.

Für den wertbeständigen Lohn.

Am 8. Juli hielten die Fleischer ihre Mitgliederversammlung in Voelkers Festhale ab. Der „wertbeständige Lohn“ war das Thema, das vom Kollegen Weill behandelt wurde. Die Urachten des jetzigen Glendes sind u. a. in den Schiedungen des Kapitals

und in der Steuerlast der Bestehenden zu suchen. Demgegenüber ruht die Last des Staates fast allein auf den Schultern der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Abhilfe kann nur durch die Erlassung der Sachwerte geschaffen werden. Die Versammelten waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nahmen folgende Resolution an:

Die Mitgliederversammlung stellt sich einmütig hinter die Ausführungen des Kollegen Weill und verlangt von ihrem Vertreter im DGB, bestimmtes Eintreten für die Sachwertfassung und den Friedensrealisierungs als Ziel der Lohnpolitik.

Lebenshaltungskosten und Löhne.

Ein Genosse, Angestellter, der seit Jahren genau über Einnahmen und Ausgaben Buch führt, stellt uns seine Aufzeichnungen für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923 zur Verfügung. Es handelt sich um eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und einem Kinde, deren Ernährer ein über dem Durchschnitt der Arbeiter liegendes Einkommen bezieht.

Die nachstehende, sehr interessante Aufstellung zeigt die katastrophale Steigerung der Preise auf allen Gebieten und ganz besonders bezüglich der Ernährung. Während vom 1. Juli bis 31. Dezember 1922 für Ernährung 115 179,80 M. verausgabt wurden, betrug die Summe dafür vom 1. Januar bis 30. Juni 1923: 1 922 462,50 M. Die Gesamtausgaben stiegen von 283 127,70 M. im Halbjahr 1922 (Juli bis Dezember) auf 3 823 214,10 M. im Halbjahr 1923 (Januar bis Juni). Die Ernährung allein kostete in der Zeit vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923: 2 037 642,50 M., das sind 49,6 Proz. der Gesamtausgaben. Infolge der großen Steigerung der Ausgaben für Ernährung mußte eine starke Einschränkung bei Kleidung, Wäsche, Schuhen und den übrigen Haushaltungsausgaben eintreten, denn im Monat Juni entfielen 80,6 Proz. der Ausgaben nur auf Ernährung.

Wenn wir — nach Art des statistischen Reichsamts — Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung zusammenstellen, so kommen dafür 2 268 185,55 M. in Betracht, das sind 55,2 Proz. der Gesamtausgaben. Im Juni mußten 828 010 M. für Ernährung verausgabt werden; auf eine fünfköpfige Familie umgerechnet, ergibt das, nur um die Ernährungsausgaben zu decken, einen erforderlichen Stundenlohn von 7188,— M. Rechnen wir Wohnung, Heizung und Beleuchtung hinzu, so waren 7284,— M. erforderlich und bei Übertragung des Prozentsatzes für den übrigen Aufwand, für Bekleidung usw. 10 550,— M. Dabei ist eine, auf die Dauer unerträgliche Einschränkung geübt worden.

Nach der Zusammenstellung der einzelnen Monatsausgaben kommen in Frage für:

	Ausgaben			Prozent der Gesamtausgaben
	vom 1. 7. 22 bis 31. 12. 22	vom 1. 1. 23 bis 30. 6. 23	vom 1. 7. 22 bis 30. 6. 23	
Wohnung	2 710,—	18 051,60	15 761,80	0,4
Heizung und Beleuchtung	15 872,85	199 409,—	214 781,65	5,2
Nahrung	115 179,80	1 922 462,50	2 037 642,50	49,6
Kleidung	54 305,90	251 500,—	805 805,90	7,5
Schuh	1 798,25	140 240,—	142 038,25	3,5
Wäsche	8 078,90	239 738,—	247 816,90	6,0
Körperpflege	2 034,50	82 090,—	84 724,50	0,8
Kulturelle Ausgaben und Genussmittel	19 288,90	251 546,—	270 800,90	6,6
Haushaltungsausgaben	13 631,50	108 702,—	122 333,50	8,0
Sonstiges, darunter Steuern	50 757,30	668 876,—	714 633,30	17,4
Zusammen	283 127,70	3 823 214,10	4 106 341,50	100,0

Aus dieser Zusammenstellung können sehr wichtige Schlussfolgerungen gezogen und bei Vertretung von Lohnforderungen verwendet werden. Möge ein größerer Kreis von Arbeiterfamilien durch Führung von Haushaltsbüchern die Vertretung ihrer eigenen Interessen durch die Organisation unterstützen.

Neue Löhne in der Ledertwarenindustrie.

Der Tariflohn für Lächner, Koffermacher, Portefeuillier und Geschirratelier der Fabrikbetriebe wird durch freie Vereinbarung für die Lohnwoche vom 29. Juni bis 6. Juli auf 10 500 M. festgelegt. Für Hilfsarbeiter auf 9555 M. und für Stepperinnen auf 7140 M. Der Lebling erhält pro Woche im 1. Jahr 47 250 M., im 2. Jahr 57 750 M., im 3. Halbjahr 73 500 M. und im 6. Halbjahr 78 750 M. Die Erhöhung beträgt 58 Proz. und ist zu zahlen generell auf alle bestehenden tatsächlich gezahlten Zeit- und Akkordlöhne.

Für die im Sattlerverband organisierten Siodlenmaler beträgt der Tariflohn vom 2. bis 7. Juli 10 500 M. Teppichstopferinnen erhalten 9065 M. und Näherinnen 8380 M.

Vorschußzahlung im Einzelhandel.

In der Verhandlung, die zwischen der Einzelhandelsgemeinschaft und dem Deutschen Verlehrsband für die Handelshilfsarbeiter geführt wurde, konnte es zu keinem endgültigen Tarifabschluss kommen. Für die erste Juliochse wird ein Vorschuß in der Höhe eines Wochenlohnes gezahlt. Die weiteren Verhandlungen sollen noch im Laufe dieser, Anfang nächster Woche stattfinden. Die Vorschußzahlung muß in dieser Woche geleistet werden.

Abgebligte Querulanten.

Die Arbeiterschaft des Kabelwerkes der Siemens-Schuckert G.m.b.H. in Gartenfelde beschloß sich am Freitag in einer Betriebsversammlung im Lokal von Bartels mit der Frage der wertbeständigen Löhne. Der Referent Salzmann vom DGB, schloß sich zunächst in ausführlichen Darlegungen die wirtschaftliche Notlage der deutschen Arbeiterschaft, die insbesondere durch Reparationsverpflichtungen auf der einen Seite und die Preissteigerung des deutschen Unternehmers auf der anderen Seite entstanden ist. Wenn die Regierung nicht in der Lage und nicht gewillt ist, dem dauernden Sinken der Mark Einhalt zu gebieten, und dadurch ein weiteres Sinken des Reallohnes der Arbeiterschaft aufzuhalten, muß die Arbeiterschaft selbst die Mittel und Wege finden, um ihr Existenzminimum zu erhalten.

Salzmann berichtet dann über die seit einiger Zeit gepflogenen Verhandlungen der Spinnwebwerkstätten mit der Regierung über die Schaffung wertbeständiger Löhne. Man müsse aus den Verhandlungen nun endlich herauskommen und zur Tat schreiten. Der Staat muß als erster die wertbeständige Entlohnung für seine Arbeiter und Beamten einführen, des Unternehmertum muß, wenn es nottut, dazu gezwungen werden.

Als Korreferent hatte sich ein gewisser Reichardt von der Allgemeinen Arbeiterunion gemeldet. Der Redner brachte die üblichen Tiraden vor. Aus der Diskussion ist noch hervorzuheben, daß ein Mitglied der SPD für die Schaffung einer Arbeiterregierung eintrat. Die Versammelten nahmen zum Schluß folgende Entschließung an:

„Die am 29. Juni 1923 im Lokal von Bartels tagende Betriebsversammlung des Kabelwerkes Siemens-Schuckert erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Salzmann vom DGB, einverstanden und erwartet von den gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen die Erkämpfung der wertbeständigen Löhne unter Einsetzung auch der schärfsten Kampfmittel. Die Versammelten verpflichten sich, für die Stärkung der freien Gewerkschaften einzutreten, indem sie alle Klassenossen auf die Pflicht, sich zu organisieren, unermüdet hinweisen werden.“

Der Lohn für Kohlegeger und Bankkempner beträgt pro Stunde 9500 M. Die Löhne der Junggelesen und Helfer regeln sich in demselben Prozentverhältnis wie bisher. Dieser Lohn gilt mit Wirkung vom 28. Juni 1923. Erneute Verhandlungen über die kommende Woche finden am Freitag, den 6. Juli, statt.

Die Bauarbeiter und Möbelschreiner von Liverpool und Wirtenhead sind von einer Aussperrung bedroht. Seit Monaten bereits hatten Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern stattgefunden, da letztere die Löhne herabsenken wollten. 22 000 Arbeiter sind von diesem Konflikt betroffen.

Der 43. Kongreß der American Federation of Labor findet Anfang Oktober in Portland, Oregon, statt.

Der Achtstundentag in Kanada. Die baldige Einberufung einer interprovinzialen Konferenz zur Beratung des Achtstundentages und anderer von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Konventionen wird von der kanadischen Regierung vorbereitet.

handlungen nun endlich herauskommen und zur Tat schreiten. Der Staat muß als erster die wertbeständige Entlohnung für seine Arbeiter und Beamten einführen, des Unternehmertum muß, wenn es nottut, dazu gezwungen werden.

Als Korreferent hatte sich ein gewisser Reichardt von der Allgemeinen Arbeiterunion gemeldet. Der Redner brachte die üblichen Tiraden vor. Aus der Diskussion ist noch hervorzuheben, daß ein Mitglied der SPD für die Schaffung einer Arbeiterregierung eintrat. Die Versammelten nahmen zum Schluß folgende Entschließung an:

„Die am 29. Juni 1923 im Lokal von Bartels tagende Betriebsversammlung des Kabelwerkes Siemens-Schuckert erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Salzmann vom DGB, einverstanden und erwartet von den gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen die Erkämpfung der wertbeständigen Löhne unter Einsetzung auch der schärfsten Kampfmittel. Die Versammelten verpflichten sich, für die Stärkung der freien Gewerkschaften einzutreten, indem sie alle Klassenossen auf die Pflicht, sich zu organisieren, unermüdet hinweisen werden.“

Der Lohn für Kohlegeger und Bankkempner beträgt pro Stunde 9500 M. Die Löhne der Junggelesen und Helfer regeln sich in demselben Prozentverhältnis wie bisher. Dieser Lohn gilt mit Wirkung vom 28. Juni 1923. Erneute Verhandlungen über die kommende Woche finden am Freitag, den 6. Juli, statt.

Die Bauarbeiter und Möbelschreiner von Liverpool und Wirtenhead sind von einer Aussperrung bedroht. Seit Monaten bereits hatten Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern stattgefunden, da letztere die Löhne herabsenken wollten. 22 000 Arbeiter sind von diesem Konflikt betroffen.

Der 43. Kongreß der American Federation of Labor findet Anfang Oktober in Portland, Oregon, statt.

Der Achtstundentag in Kanada. Die baldige Einberufung einer interprovinzialen Konferenz zur Beratung des Achtstundentages und anderer von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Konventionen wird von der kanadischen Regierung vorbereitet.

SPD-Mitarbeiter des 21. Bezirks (Oberschöneeweide, Altes Dorf ufm.) Zusammenkunft am Freitag 4 1/2 Uhr, Rieberschöneeweide (Schule) Zimmer 11. Tagesordnung: Wichtige Besprechung, Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Zeitungsverband der Schuhmacher: Betriebsversammlung der Schuhmacher, Freitag, 6. Juli, 7 Uhr, Köpenicker Straße 127a. Wichtige Tagesordnung. **Städtischer Reichsbund, Bezirk Groß-Berlin.** Freitag abend 7 Uhr Gewerkschaftshaus, Greiser Saal, allgemeine Funktionärenversammlung, Mitgliedsbuch oder Karte und Funktionärsausweis ist am Eingang vorzulegen. Die Bezirksverwaltung.

Streikende Holzarbeiter! Freitag, den 6. Juli, vormittags 10 Uhr, Versammlung aller streikenden Mitglieder des Holzarbeiterverbandes im Berliner Prater, Rollbahnenallee 7/8. Die Streikleitung.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Viktor Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Strimer, Berlin; Sozialisten: S. S. Richter, Berlin-Wilmersdorf; Sozialen und Sozialen: Fritz Karbach, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Gode, Berlin.

Verlag: Formkreis-Verlag G.m.b.H., Berlin, Brand: Formkreis-Verlag, Berlin und Verlagsanstalt: Carl Singer u. Co., Berlin SW, 6, Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Weltweit“.

Achtung, Mitglieder des Metallartikels!

Urabstimmung.

Auf Anordnung der dem Kartell angehörenden Organisationen muß auf Grund des am 3. Juli gefällten Schiedspruches eine Urabstimmung stattfinden. Die Obleute der Vertrauensleute, Vorsitzende der Betriebsräte und Arbeiterräte und Streikleitung haben sich diesen Beschluß zu eigen gemacht. Die Urabstimmung findet am Donnerstag in den B. K. M. A.-Betrieben statt. Das Ergebnis muß sofort dem Bureau des D. M. V., Zimmer 7, übermittelt werden. Spätestens bis 5 Uhr muß das Resultat abgeliefert sein. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß es Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters ist, sich an der Urabstimmung zu beteiligen. Die Kollegen, die sich der Urabstimmung enthalten, werden gegen den Streik gezählt. Also tue jeder seine Pflicht! Abgestimmt wird wie folgt: Wer für Annahme des Schiedspruches ist, schreibt „Annahme“, wer für Ablehnung des Schiedspruches ist, schreibt „Streik“.

Wir lassen nachstehenden Schiedspruch folgen:

„Der Höchstlohn für männliche Arbeiter über 21 Jahre in der Klasse I wird auf 9000 M. für die Zeit vom 2. bis 8. Juli 1923 festgesetzt. Die Akkordarbeiter erhalten für die gleiche Zeit einen festen Stundenzuschlag entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne für die Lohnarbeiter der gleichen Klasse. Ab Montag, den 9. Juli, sind die Akkorde auf Grund der neuen Akkordbasis in bisher üblicher Weise umzurechnen. Ab Montag, den 9. Juli 1923, wird jedem Arbeiter der verdiente Wochentohn in zwei Raten, und zwar die erste Rate in Höhe von zwei Fünfteln des Wochenlohnes eines unverheirateten Arbeiters der Klasse 5 in runder Summe, die zweite Rate in ordentlicher Berechnung am Lohntag ausgezahlt. Die am 2. Juli 1923 an Arbeiter über 21 Jahre gezahlten 40 000 M. sowie den Arbeitern unter 21 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre gezahlten 30 000 M. werden mit Rücksicht auf die vorausgesetzene starke Geldentwertung nicht in Anrechnung gebracht. Soweit die vorgenannten Beträge noch nicht gezahlt sind, sind sie sofort auszuzahlen. Die Familienzulagen bleiben wie bisher 250 M. für die Frau und 500 M. für das Kind bestehen.“

Im Auftrage des Metallartikels: Ulrich.

Hautausschlag offene Füße

(Krampfadern)
auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohltuende
Sanitätsrat Dr. Strahl's Haussalbe
Elefanten-Apotheke, Berlin SW., Leipziger Str. 74 (Dönhoffplatz)

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Soweit Vorrat

Zwiebeln Bund	800.-	Leberwurst	18 000.-
Möhren Bund	2000.-	Rotwurst	18 000.-
Pfefferlinge Pfund	5000.-	Corneel beef	24 000.-
Kirschen Pfund	2000.-	Margarine	19 600.-

Fleisch

Prima Ochsenfleisch	frisch gefr. Pfund	16 000.-
Kaibskamm u. Rücken	frisch Pfund	14 000.-
Kaibskeule	frisch Pfund	15 000.-
Hammel-Vorderfleisch	frisch Pfund	15 600.-
Hammel-Rücken	frisch, Pfd.	16 000.-
Kassler Pfund	24 000.-

Käse

Marzer Käse	Pfund	8500.-
Tilsiter Käse	Pfund	12 000.-
Limburger	Pfund	13 000.-
Steinbuscher	Pfund	18 000.-

Fische

Merlan Pfund	5500.-
Schellfisch	Pfd.	6000.-
Makrelen	Pfund	6000.-
Flundern	geräuchert	11 000.-

Von der Frau, die allein steht. Ohnmächtiges Durchhungern.

In dieser Zeit, da die Not der Handarbeiter aufs höchste gestiegen ist, und die geistigen Arbeiter nahezu zermalm werden, soll man auch einmal eine Stimme anhören aus Kreisen, die leider noch nicht in festen, kampffähigen Organisationen zusammengefaßt sind.

Jeder sei sich selbst der Nächste, sie solle ihr Zimmer doch an Ausländer vermieten.

Alltag der Not.

Meine Wirtin kocht das Mittagessen und dafür ist sie mit. Wir essen viel Hülsenfrüchte, weil die nahrhaft und selbst ohne Fleisch und Fett schmackhaft sind. Sonnabends kochen wir uns zuweilen von einem Viertelpfund Fleisch Graupensuppe.

Ein Hungerberuf.

Ich bleib in Berlin, da ich doch beim besten Willen nicht in eine fremde Stadt fahren konnte, wo ich nicht einmal ein Zimmerchen bekommen hätte. Nun mache ich den Versuch, mich durch kunstgewerbliche und schriftstellerische Arbeiten zu ernähren.

Soweit die Schilderung, die einen tieferen Einblick in das furchtbare und entsetzungsvolle Dasein jener Frauen gewährt, die keiner festen Beschäftigung nachgehen und gewissermaßen Freiwild für jede Ausbeutung sind.

Der Gegenstand täglichen Bedarfs.

Man Juristisch Seite werden uns zu diesem heute besonders aktuellen Thema folgende bemerkenswerten Ausführungen gemacht. Kürzlich ging durch die Presse die Auffsehen erregende Mitteilung, daß ein Berliner Gericht Sekt zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gerechnet hatte.

weiterem Umfange wieder zur Verfügung stehen, nach zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen ist, kann zweifelhaft sein.

Die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (RGBl. Seite 395) stellt den Preismacher mit Gegenständen des täglichen Bedarfs unter Strafe.

Auch Genussmittel von feinerer Zubereitung, die vorwiegend von den begüterten Kreisen des Volkes begehrt werden, fallen unter die Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Wenn man sich daraufhin das vom Reichswirtschaftsministerium herausgegebene Verzeichnis von Gegenständen des täglichen Bedarfs anschaut, so findet man unter den mehr als tausend Positionen u. a. Altpapier und Automobile, Bibeln und Bier, Champagner und Coccain, Damenhandtaschen und Drehstrommotoren.

Es gibt also wenig Dinge, die nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zählen und daher nicht unter dem Schutze der Preistreibereivereinbarung stehen.

Die Zirkus-Krawalle vor Gericht.

Im Laufe der gestrigen Verhandlung richtete Rechtsanwalt Dr. Weinberg an den Zeugen Oberregierungsrat Dr. Weiß die Frage, ob es richtig sei, daß Staatskommissar Dr. Weismann für ein Verbot der Versammlung des Bundes für Freiheit und Ordnung gewesen sei.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Es folgten einige Worte über Kapitän Högelund: Rüstad hielt ihn in strenger Quarantäne. — Zu allererst muß der Direktor aus ihm heraus, schrieb Rüstad. Als ich ihm neulich in den Leberzieher half, fand ich den Zipfel eines seidenen Taschentuchs aus seiner Brusttasche herausgesteckt.

ein Lebenszeichen von sich. Der leitende Direktor der Bank ließ vorfragen, wann es ihm paßte, zu einer vertraulichen Besprechung zu kommen.

Gude hatte die Papiere der Werft durchgesehen, sein Bericht war in großen Zügen fertig. Sein Entwurf zur Rekonstruktion der Werft war in Ordnung.

Gude sah Direktor Steensen gegenüber in dessen Privatkonior. Durch die Scheiben erblickte er den frühlingblauen Himmel mit einer einzigen ballartigen, weißen Wolke und eine Strahlenlänge entseht, die Wäspißen vom Kanal, wo Kutter und Fischerboote lagen.

Direktor Steensen sah müde und zusammengeunken in seinem Sessel, er war ein großer, magerer, knochiger Mann, noch mit dem torrekten Gepräge englischen Schnittes, der das Vorbild vor dem Kriege war, aber verblühen, die Knochen in den pferdeartigen langen Kiefern waren lose.

Gude legte in wenigen Worten seinen Plan vor: Die und die Chancen gab es jetzt für die Schiffsahrt, nicht bedeutend, aber doch von einigem Wert.

Gude gab es jetzt für die Schiffsahrt, nicht bedeutend, aber doch von einigem Wert. Eine, vielleicht zwei der Tochtergesellschaften konnten gerettet werden.

Doch Gude sprach sich klar über die gewalttätige Operation aus, die vorangehen mußte: Abschreibung des Aktienkapitals, neuer Beginn auf neuer Kreditgrundlage.

Direktor Steensen sah mit einem geheuten Ausdruck auf: Alles das hatte er erwartet, auch er sah keinen Ausweg.

„Nai“ meinte Gude, „die hohen Dividenden bis zu allerletzt haben den Herren ja auch Trost und Dedung genug gegeben.“

Direktor Steensen wandte langsam den Kopf, sein knorpeliger Hals knackte in dem hohen Kragen.

Gude nickte trocken: Als man voriges Jahr um diese Zeit beschloß, fünfzig Prozent Dividende zu geben, lag der Ruin der Dänischen Werft für Direktion und Aufsichtsrat klar auf der Hand!

Steenfens Niene straffte sich: „Die Gewinnverteilung wurde der Generalversammlung vorgelegt und von ihr genehmigt.“

„Ja, das weiß ich,“ sagte Gude. „Nichtsdestoweniger war die Dänische Werft damals hoffnungslos insolvent.“

Der Aufsichtsrat konnte nur von den Angaben der Direktion über die ganze Stellung der Werft ausgehen. Und die Aussichten für die Zukunft waren zu der Zeit in hohem Grade günstig.

„Ja, das weiß ich,“ sagte Gude.

„Und ich finde Ihre Kritik ganz überflüssig! Der Aufsichtsrat kannte Direktor Pauli als einen Mann von hervorragender Tüchtigkeit und mußte, daß er im Besitz einer klaren und nüchternen Voraussicht war.“

„Damals — und immer noch?“ fragte Gude.

„Durchaus!“

(Fortsetzung folgt.)

Soziale Fragen im Reichstag.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde zunächst der Gesetzentwurf über eine Erhöhung der patentamtlichen Gebühren dem Rechtsausschuss überwiesen. Die Novelle zum Haftpflichtgesetz, die die Haftpflicht der Eisenbahn erweitert, wird in allen drei Lesungen debattiert angenommen, ebenso die Verlängerung des Gesetzes über Abweichungen vom Biersteuergesetz bis zum 30. September 1924.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zur Reichsversicherungssatzung und zur Angestelltenversicherung. Die Vorlage bringt neben einer Erhöhung der Leistungen eine Einheitsmarke für alle Zweige der Sozialversicherung. Staatssekretär Dr. Geib erklärt sich mit den vom Ausschuss vorgenommenen Leistungserhöhungen einverstanden. Die Vorlage solle eine größere Wertbeständigkeit der Anlage der Versicherungsgelder ermöglichen und so eine Gesundung herbeiführen.

Abg. Giebel (Soz.) äußert verschiedene Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage, stimmt ihr aber im ganzen zu. Die Abg. Gerig (Z.), Lambach (Dnat.) und Dr. Frid (Dem.) begrüßen die Vorlage als einen erfreulichen Fortschritt, ebenso Abg. Thiel (D. Sp.). Die Angestelltenversicherung habe schon jetzt über 16 Milliarden wertbeständig angelegt.

Abg. Matzahn (Komm.) lehnt die Vorlage ab. In der Einzelberatung wendet sich Frau Abg. Schröder (Soz.) gegen einen demsnationalen Antrag, wonach eine weibliche Versicherung binnen drei Jahren nach ihrer Verheiratung beim Auscheiden aus der Angestelltenversicherung die Hälfte der geleisteten Beiträge zurückerhalten kann, da es kein Vorteil für die Betroffenen sei, wenn sie für den geringen Beitrag der zurückgezählten Beiträge alle Rechte aufgeben.

Als bei den Reden der weiblichen Abgeordneten große Unruhe herrscht (bei der allgemeinen Aussprache waren kaum dreißig Abgeordnete im Saale), bittet Präsident Lohde unter großer Heiterkeit „die Herren, die ausnahmsweise einmal im Saale anwesend sind“, sich ruhig zu verhalten.

Abg. Thiel (D. Sp.) empfiehlt den Antrag Schott. Bei der Abstimmung über diesen Antrag stellt Präsident Lohde bedauernd fest, daß sich selbst an den Abstimmungen so wenig Mitglieder beteiligen, daß die Feststellung des Ergebnisses nur durch Auszählung möglich sei.

Im Himmelsprung wird der Antrag Schott mit 119 gegen 113 Stimmen angenommen. Dagegen stimmt mit den Sozialdemokraten und Kommunisten der Arbeitsminister Dr. Brauns.

Im übrigen wird die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen. In der gleich darauf vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt.

Eine sozialdemokratische Entschließung, die eine zentrale Vermögensverwaltung für alle Sozialversicherungen fordert, wird gegen die Stimmen der sehr schwach besetzten bürgerlichen Fraktionen angenommen.

Dann steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutze der Hypothekengläubiger

auf der Tagesordnung. Der vom Abg. Dr. Düringer (D. Sp.) eingebrachte Entwurf wollte die Rückzahlung der Hypotheken von der Zustimmung des Gläubigers abhängig machen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf abgelehnt. Er ersucht dagegen in einer Entschließung die Reichsregierung, beschleunigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem durch ein vorinsichtiges Gläubigeramt Vorfragen getroffen wird, daß bei Eternitquitt., Uebernahme und Miteigentumsrecht bei Veräußerung des bestehenden Anwesens, bei Auseinandersetzungen oder bei Rückzahlung, ferner bei Unterhaltsansprüchen die Geldentwertung in einer der Billigkeit entsprechenden Weise berücksichtigt wird.

Abg. Dr. Düringer (D. Sp.) bedauert den Beschluß des Ausschusses und befürwortet seinen ursprünglichen Antrag. Es sei

ein geradezu unstilllicher Zustand, wenn ein Mann, der 1912 eine Hypothek von 100 000 Goldmark gegeben hat, heute dafür ein goldenes Zehnmarkstück zurückerhält und darauf noch 150 000 Papiermark herausgeben muß. Leider habe der Vertreter des Reichsjustizministers im Ausschuss diesen Zustand sanktioniert und den Antrag auf Schutz der Hypothekengläubiger bekämpft.

Reichsjustizminister Dr. Heinze:

Durch die Geldentwertung sind große Teile des Volkes schwer betroffen, nicht allein die Hypothekengläubiger. Ich habe mit ihnen volles Mitleid; ich würde helfen, wenn zu helfen wäre. Ich bin in langen Beratungen mit Sachverständigen zu der Überzeugung gekommen, daß die Sache nicht zu machen ist. Es handelt sich zum Beispiel darum, ob eine Hypothek von 10 000 M. in Gold oder Papier zurückgezahlt werden soll. Hier ist eine Valorisierung nicht möglich; den Gedanken der Zurückzahlung einer Papierhypothek in Gold müssen wir ablehnen. Diesen Gedanken kann man nicht in ein Sperrgesetz aufnehmen. Hat derjenige, der vor dem Krieg Geld auslieh, auf Hypothek etwas anderes gemocht als die Zurückzahlung in Geld? (Zuruf: In Gold!) Es stand diese Auslegung auf derselben Stufe wie die Anschaffung von Staatspapieren. Wer vor dem Krieg hunderttausend Mark auf Grundstück gab, das nachher Millionen wert wurde, hat doch nicht daran gedacht, nachher mehr zurückzuhalten. Wenn der Schuldner potentiell geworden ist, soll dann der Hypothekengläubiger daran teilhaben? Die Hypothek an erster Stelle war stets eine Pfandhypothek. Wird diese durch die Valorisierungsgesetze ausgeblendet, so leiden darunter die Nachhypotheken und die Sicherheit des Grundbodens wird gefährdet. Wenn jemand ein Grundstück kauft und die dabei übernommenen Papierhypotheken in Gold zurückzahlen soll, so ist das völlig ungerecht. Auch die Pfandbriefgläubiger müßten aufgewertet werden. Dann können es mit demselben Recht die Obligations der Industrie, der Kommunen und des Staates, auch die Kriegsanleihen. Ich warne also dringend, den ersten Schritt zu tun.

Vizepräsident Bell stellt mit, daß noch demsnationale Anträge eingegangen sind über die Beteiligung der Gläubiger am Mehrwert des Grundstücks beim Verkauf.

Auf Antrag Jehrenbach (Z.) wird beschlossen, die ganze Angelegenheit mit den neuen Anträgen an den Rechtsausschuss zurückzuverweisen.

Dann folgt der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) beantragt Verweisung des Antrags an den Rechtsausschuss ohne allgemeine Aussprache.

Abg. Jehrenbach (Z.) unterstützt den Antrag Kahl, während Abg. Dittmann (Soz.) dringend ersucht, die Angelegenheit eingehend im Plenum zu besprechen.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) lehnt eine Zurückziehung seines Antrags ab.

Während Abg. Dittmann (Soz.) nochmals gegen die Ausschussüberweisung spricht, verlassen die meisten Sozialdemokraten den Saal.

Auf Antrag Dr. Neher (D. Sp.) wird namentliche Abstimmung beschlossen.

Bei der namentlichen Abstimmung werden 120 Stimmen für, 24 Stimmen gegen den Antrag Kahl abgegeben bei 4 Enthaltungen. Durch den Auszug der Sozialdemokraten ist das Haus also um 148 Uhr beschlußunfähig geworden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr: 1. Beratung des sozialdemokratischen Antrags gegen den bayerischen Ausnahmezustand, kleinere Vorlagen.

Kleine Vorlagen im Landtag.

Erweiterung der Berufsschulpflicht.

Der Landtag erledigte am Mittwoch zunächst kleinere Vorlagen. Bei der gemeinsamen Beratung der Entwürfe zur Bereitstellung größerer Mittel für den Ausbau der Wasserkräfte im oberen Quellgebiet der Weser und der Wasserkräfte des Untermains rügt Gen. Orzechowski, daß der Bau des Stauwerkes Freienhagen plötzlich zum Stillstand gekommen sei. Die Stadt Kassel habe bereits erhebliche Aufwendungen gemacht. Die Gesetzentwürfe werden angenommen; ein Antrag der Regierungspartei auf Bereitstellung neuer Mittel zum Ausbau der Wasserkräfte der unteren Weser geht an den Hauptausschuss.

Das Haus nimmt alsdann in zweiter und dritter Lesung den von der sozialdemokratischen Fraktion am 9. Mai 1923 eingebrachten Gesetzentwurf auf Bereitstellung von 3 Milliarden zur Förderung des Kleinwohnungsbauwesens zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung an. Der Bau von Kleinhäusern, Wohnheimstätten, auch von Mittelhäusern auf gemeinsinniger Grundlage soll durch Darlehen gefördert werden. Zur Beschaffung der Zwischengeldes für die Fortführung des Mittelspannungsnetzes der ostpreussischen Ueberlandwerke wird ein dahingehender Antrag angenommen. — Ein Antrag der Deutschen Volkspartei verlangt schnelle Hilfe für das überschwemmte Gebiet an der Havel von der Mecklenburger Grenze bis Drommlenburg, da alljährlich zehntausende Morgen Land zum Schaden der landwirtschaftlichen Produktion und besonders zum Schaden der Berliner Mähdorferjüngung verunfallt würden. Das Haus tritt dieser Forderung bei.

Nach Annahme des Stempelsteuergesetzentwurfs und nach Verabschiedung der Novelle zum Mittelbeschäftigtenrentenengesetz, die verschiedene Verbesserungen für die Bekehrer bringt, folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Berufsschulpflicht.

Zum Besuche der Berufsschule kann nach dem Gesetz die Gesamtheit oder ein Teil der Jugendlichen unter 18 Jahren verpflichtet werden, soweit sie nicht mehr volkschulpflichtig sind. Die Pflicht zum Besuche der Berufsschule ruht, solange der Schulpflichtige an gleichwertig anerkanntem Unterricht von Fach- oder Privatschulen teilnimmt. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihre jugendlichen Arbeiter spätestens am 7. Tage nach dem Eintritt in das Arbeitsverhältnis anzumelden und nach dem Austritt abzumelden, sowie die nötige freie Zeit für den Schulbesuch zu gewähren. Besondere Strafen für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz sind festgelegt worden. — Der Ausschuss empfiehlt ein Einwirken dahin, daß das Reich die gesetzliche Berufsschulpflicht (Fortbildungsschulpflicht) einführt und den Ländern und Gemeinden Zuschüsse gewährt.

Abg. Thiele (Soz.) bezeichnet das Ergebnis der langen Ausschussberatungen als eine Enttäuschung. An Stelle der Hauptvorkehrungen über die Errichtung der Berufsschulen müßte eine Maßnahme getroffen werden. Das sei auch die Auffassung der Berufsverbände der Gewerbe- und Handelslehrer. Zum mindesten müßten Gemeinden über 3000 Einwohner zur Errichtung von Berufsschulen verpflichtet werden. Die Zahl der Gemeinden, die die Berufsschulpflicht noch nicht durchgeführt haben, sei überdies sehr gering.

Abg. Dr. Hager (Z.) erklärt, auch seine politischen Freunde seien für die obligatorische Berufsschule, aber die Finanzen gestatteten zurzeit nur eine fakultative.

Das Haus verlegt sich zur Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr.

Wirtschaft

Der Unternehmer-Index.

Die Arbeitnehmer plagen sich mit der Erreichung der Indexzahl ab. Die Unternehmer erleiden dieser Aufgaben viel einfacher. Ein Freund unseres Blattes schickt uns ein Schreiben, dessen wichtigster Teil lautet:

Verband der Deutschen Beredlungsanstalten für baumwollene Gewebe G. A.

Leipzig, den 30. Juni 1923.

P. P.

Das Tempo der Geldentwertung nötigt uns, die Verkaufspreise rascher als bisher der Steigerung der Herstellungskosten anzupassen. Die von uns veröffentlichte Schlüsselzahl wird demgemäß künftig immer nur von Montag bis Sonnabend einer Woche gelten. Die Rechnungen werden nicht mehr die Schlüsselzahl, sondern lediglich die Grundziffersumme enthalten. Die Beziehung der Rechnungen wird zu erfolgen haben nach der jeweiligen Schlüsselzahl, die in der Woche der Abendung der Zahlung gilt. Mit dieser Schlüsselzahl ist die Grundziffersumme der Rechnung zu multiplizieren. Wird also z. B. eine Rechnung, die aus dieser Woche datiert, in der nächsten Woche bezahlt, so ist die in nächster Woche gültige Schlüsselzahl anzuwenden. Dies gilt auch für Rechnungen, die am Ende einer Woche abgeschlossen werden, dem Kunden aber erst Anfang der nächsten Woche zugehen.

Wenn die Arbeiter und Angestellten die Anpassung ihres ehrsüch verdienten Geldes an die vergangene Woche verlangen, dann können das die Unternehmer bekanntlich nicht billigen, weil sonst die Kaufkraft des Konsumenten zu groß wird!

Im Jahresbericht der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft heißt es:

Der Schadenverlauf des Berichtsjahres kann in allen von der Gesellschaft betriebenen Geschäftszweigen als normal angesehen werden. Dagegen machte sich für das ganze Versicherungsgewerbe die um die Jahresmitte verstärkte einfließende und bis zum Jahresabschluss schnell fortschreitende Entwertung der Wertschädigungen geltend. Gegen diese Schädigungen sind Sonder-einrichtungen getroffen, wie die besonders für die Industrie wichtige Versicherung nach Richtzahlen, die sich der Preisbewegung automatisch anpassen. Dem Versicherungsnehmer wie dem Versicherer kann jedoch nur durchgreifend durch die Ermöglichung der Versicherung in stabiler Währung geholfen werden. Die Versicherung in fremder Währung ist für unser Wirtschaftsleben unter den derzeitigen Verhältnissen nach Ueberzeugung der Verwaltung eine Notwendigkeit.

Man sieht, auch hier ist die wertbeständige Rechnung selbstverständlich.

Staatserhaltende Unternehmer.

Ein außerordentlich krauses Beispiel, wie die Devisenknappeit von der in den Börsenberichten bei der Berichterstattung über den Devisenmarkt in letzter Zeit anbauender die Rede war, zustande kommt, zeigt deutlich die Verantwortung einer Anfrage in der gestern stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung der Porzellanfabrik Faurey. Ein Aktionär hatte das Bedürfnis, zu erfahren, wie es mit den unerledigten Punkten der letzten Generalversammlung, besonders mit der Kapitalerhöhung wäre. Darauf erklärte der Generaldirektor Singer, die Frage der Kapitalerhöhung sei zurzeit nicht akut, weil der außerordentlich hohe Gang des Exportgeschäftes in den letzten Monaten der Gesellschaft

derartig reichlich fremde Devisen zugeführt hätte, daß der Kapitalbedarf der Gesellschaft auf längere Zeit gedeckt sei.

Schelmisch sah sich Herr Generaldirektor Singer, als ihm dies unbedachte Wort entflohen war, im Saale um und erklärte, es wäre doch hoffentlich kein Angehöriger irgendeines Finanzamtes da, der von dieser Aeußerung Notiz nehmen könnte. Außerdem hat er die Vertreter der Presse inständigst, bei der Berichterstattung nicht etwa diese Aeußerung zu erwähnen.

So wird die Sache gehandhabt. Kennerlich werden alle Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark und zur Senkung des Dollarkurses beraten und gutgeheißen. Aber wenn es sich darum handelt, Theorien in die Praxis umzusetzen, dann verfährt jeder Kapitalist nach dem berühmten Berliner Wort „Hannemann, geh du voran, du hast die größten Stiefel an!“

Der Fiskus als Holzverkäufer.

Wir machten vor einigen Tagen darauf aufmerksam, daß der preussische Forstfiskus drauf und dran ist, durch Festlegung neuer Stundungsbedingungen den kapitalkräftigen Kreisen der Holzindustrie, die imstande sind, ihr Holz direkt im Walde zu kaufen, ein ungeheuerliches Geschenk zu gewähren. Die Verhandlungen des Fiskus mit den Holzkäufern haben bisher schon merkwürdige Resultate ergeben. Die Forstverwaltung ist gegen Zielpreise. Nun ist „Zielpreise“ ein völlig falsches Wort. Es handelt sich hier nicht um Veränderung der Preise, sondern um die Berücksichtigung der Geldentwertung beim Kreditgeben. Warum die Forstverwaltung hier zu einem Resultat nicht gekommen ist, ist aus den Berichten nicht ersichtlich. Die „Holzindustrie“, das Organ der Holzverarbeiter, redet etwas von den Schwierigkeiten, geeignete Maßstäbe zu finden, und von der Erschwerung des Kassensystems. Wir glauben fast, daß dieser Grund der maßgebende ist, deswegen verlangen wir, daß die Forstverwaltung ihre Gründe, warum sie die Geldentwertung bei ihren Dreimonatskrediten mit einer lächerlich geringen Risikoprämie einsetzt und nicht Zins und Geldentwertung scharf trennt, klar und deutlich der Öffentlichkeit mitteilt. Wir verlangen weiter, daß die Forstverwaltung darüber Auskunft gibt, ob privatwirtschaftlich geschulte Sachleute bei der Beratung ihrer Stundungsbedingungen mitgewirkt haben.

Die „Holzindustrie“ hält es in ihrem Bericht für angebracht, ein paar schnoddrige Bemerkungen über den „Vorwärts“ zu machen. Danach ist anzunehmen, daß unsere Bemerkungen die Interessenten in ihrem Geschäft auf Kosten des Staates gestört haben. Weiter wollten wir nichts. Im übrigen föhrt es uns nicht, wenn die „Holzindustrie“ schimpft. Wer kann sich heute um jeden Klotz kümmern, der kauft? Die Beteiligten täuschen Unkenntnis vor. Sie reden von Schwankungen der Mark im Augenblick eines katastrophalen Sturzes, dessen Ende nicht abzusehen ist. Jeder sorgfältige Geschäftsmann wird sich in dieser Situation hüten, sein Vermögen der Entwertung auszusetzen, doch der preussische Forstfiskus kreditiert zunächst 20 Tage ohne jede Vergütung der Geldentwertung und ohne jeden Zins, und soll dann noch nicht einmal den viel zu bescheidenen Satz von 1 Proz. pro Woche nehmen dürfen. An der Börse kostet dabei das Geld schon monatlich 30 bis 60 Proz.! Es muß gefordert werden, daß der Fiskus bei der Stundung Zins und Geldentwertungsentschädigung trennt. Wenn die Juristen und Forstmänner das nicht fertig bekommen, erkundigen sie sich vielleicht einmal bei uninteressierten Kaufleuten, wie man derartiges macht, oder sehen sich die Konditionenentwicklung der Industrie an. Ueberdies schrieb kürzlich ein Holzhändler in Nr. 51 der „Holzwelt“: „Natürlich können einige Leute, die Marktschulden bei Privat- oder dem Fiskus machen, also a la Boisse spekulieren und somit große Gewinne einheimen. . . Aber schließlich werden wohl die Dummen, die solche Kredite geben, auch einmal alle werden.“ Dieser Holzhändler hat den preussischen Fiskus erheblich überschätzt, aber vielleicht kommt das preussische Landwirtschaftsministerium mit Hilfe dieser öffentlichen Beurteilung durch die Abnehmer doch zur Erkenntnis seiner Handlungsweise. Sonst muß sich das Parlament mit den Schuldigen befassen.

Die Realloöhne in Oesterreich. Nach den Ausführungen Huebers auf dem österreichischen Gewerkschaftskongress sind die Realloöhne in Oesterreich, die er auf Grund der Darstellung von 52 Verbänden ermittelt, noch sehr weit von den Goldlöhnen entfernt. Die Maurer, die am meisten erzielt haben, erhalten 77 Proz. der Goldparität. Die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie zwischen 48 Proz. (Damenschneider) und 59 Proz. (Stoffierinnen); gemische Gruppe 76 Proz. bei gelernten, 83 Proz. bei ungelernen Arbeitern. In der Papierindustrie 52—73 Proz., Holzindustrie 65—84 Proz., Lebensmittelindustrie 47—94 Proz.; Lederindustrie 81—91 Proz. Besonders schlecht ist die Lage der graphischen Industrie, wo die Buchdrucker 18 Proz., Buchdruckerhilfsarbeiter 59 Proz., Buchbinder 53 Proz. der Goldparität erhalten. Die prozentuale Erhöhung ist bei den Frauen und Hilfsarbeitern viel größer als bei den Hocharbeitern, weil deren Löhne auch vor dem Kriege außerordentlich niedrig waren. Die Realloöhne der Angestellten sanken in einem noch viel größerem Maße als die der Handarbeiter. Bei den Angestellten beträgt der Prozentsatz von Angestellten im Rechtsanwaltsbureau mit 27 Proz. bis zum Industrieangestellten mit 60 Proz. Mehr als 60 Proz. des Friedenslohnes in Gold erreicht kein Angestellter. Gegenüber diesen Löhnen haben aber die Preise der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel die Goldparität längst überschritten, so ungefähr die Hälfte der wichtigsten Nahrungsmittel wie Brot, Zucker, Speisefalz, Ersatzkaffee, Kondensmilch und Bekleidungsartikel, deren Preis 5—58 Proz. über der Goldparität steht. Ebenso verhält es sich beim Geschirz, Glas und Porzellan, deren Preise ebenfalls über die Goldparität geliegen sind.

Der Reichsindex.

Durchschnitt Mai	3 816
20. Juni	9 272
27. Juni	11 790

Devisenkurse.

	4. Juli	3. Juli		
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden	6264,3	6297,7	6243,50	6266,50
1 argentinische Papier-Peso	65610,50	65890,50	65860,00	66140,00
1 belgischer Franc	8054,50	8095,50	8054,50	8095,50
1 norwegische Krone	2693,50	2696,50	2693,50	2696,50
1 dänische Krone	27790,50	27880,50	27990,00	28070,00
1 schwedische Krone	42294,00	42506,00	42104,00	42406,00
1 russische Mark	4889,00	4411,00	4889,00	4411,00
1 japanischer Yen	—	—	75311,00	75689,00
1 italienische Lire	6982,58	7017,50	6962,50	6997,50
1 Pfund Sterling	72917,75	73182,50	72117,50	73182,50
1 Dollar	160190,00	161002,00	159600,00	160400,00
1 französischer Franc	9507,00	9540,00	9501,00	9549,00
1 brasilianischer Milreis	16758,00	16842,00	17458,00	17544,00
1 Schweizer Franc	28029,50	28170,50	28079,50	28229,50
1 spanische Peseta	22643,00	22767,00	22643,00	22767,00
1 griechische Drachme	23241,00	23839,00	23142,00	23258,00
1 holländische Krone (abgest.)	4912,50	4937,50	4887,50	4923,50
1 ungarische Krone	18,70	18,90	19,45	19,55
1 bulgarische Lewa	1590,00	1604,00	1571,00	1579,00
1 jugoslawischer Dinar	1785,50	1744,50	1785,50	1744,50

